

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zl.
mit Zustellgebühr 3.80 zl. Bei Postbezug monatl. 3.89 zl.
vierteljährlich 11.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 7.50 zl. Danzig
2.50 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. —
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeter-
zeile im Reklameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dr. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Pf. Übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platz-
vorrichtung u. schwierigem Sach 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen
schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postcheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 254

Bromberg, Mittwoch, den 7. November 1934

58. Jahrg.

Konferenz im Belvedere.

Vizeminister Pfarrer Zongolkowicz bei Piłsudski.
(Von unserem ständigen Warshawer Berichterstatter.)

In den nationaldemokratischen und klerikalen Kreisen wird in diesen Tagen viel Aufhebens davon gemacht, daß der Vizeminister im Unterrichtsministerium Pfarrer Zongolkowicz, der die schwierige Aufgabe eines „Puffers“ zwischen der Ecclesia-militans-Richtung des klerikalen Lagers und der Kirchensremden oder gar anti-klerikalen Mehrheit des Sanierungslagers erfüllt, — vom Marschall Piłsudski im Belvedere zu einer Konferenz empfangen wurde. Die Besprechung des Marshalls mit dem Geistlichen Zongolkowicz soll länger gedauert haben, was von der klerikalen Presse besonders unterstrichen wird. Dieselben Kreise, welche auf die Bedeutung dieses Gesprächs des Marshalls mit dem Treuhänder der Interessen der katholischen Kirche innerhalb der Regierung hinweisen, geben der Vermutung Ausdruck, daß die Wirkung dieses Gesprächs sich wahrscheinlich in der Gestaltung der Verhältnisse im Unterrichtsministerium stark geltend machen werde.

Diese Vermutung klingt zunächst geheimnisvoll. Welche Verhältnisse im Unterrichtsministerium können mit dieser Bedeutung gemeint sein? Jedenfalls „Verhältnisse“, an denen jemand etwas auszusehen hat und welche die betreffende Seite auf einen vom Belvedere ausgehenden Wink hin in einem bestimmten Sinne geändert sehen möchte. Die Nebel der Unklarheit verschwinden aber, wenn man sich verließener Aktionen der jüngsten Zeit entsinn, die durch die katholische Presse-Agentur (KAP) bekannt gemacht worden sind. Aus den Mitteilungen dieser Agentur kann man schließen, daß im Unterrichtsministerium ein ganzer Haufen von klerikalen „Beschwerden“ aufliegt und zwar von österreichischen „Beschwerden“, über deren Beurteilung und Erledigung — begreiflicherweise — die zuständigen amtlichen Behörden untereinander durchaus uneinig sein müssen und infolgedessen zu keiner einheitlichen Entscheidung gelangen können.

Der Beschwerden sind viele, und anscheinend lassen sie sich alleamt in der Klage zusammenfassen, daß die Schulbehörden es an Eifer fehlen lassen, der katholischen Religion die von ihr beanspruchte vorherrschende Stellung im Schulwesen und in der Jugenderziehung mit aller Strenge des weltlichen Arms zu sichern. Sieht man aber den konkreten Fällen auf den Grund, fragt man nach Ursprung und Ziel gewisser plötzlich eingeleiteter Aktionen, so erhält man ihre geographische Verteilung, so muß man innen achten, daß ein politischer Windstoß alle diese angebrachte „Frage“ hergeweht hat, und man ist nicht mehr im Zweifel darüber, woher der Wind kommt.

Von klerikaler Seite wird z. B. darüber geklagt, daß es in den Reihen der Lehrerschaft übermäßig „freigeistig“. Diese Lage ist — vom Standpunkt der katholischen Behörden aus — durchaus verständlich. Man kann diesen Bedürfnissen den Wunsch, daß alle Lehrer den Weisungen der Kirchenbehörden eifrig folgende Katholiken sein möchten, nicht verübeln. Die radikale Erfüllung dieses Wunsches müßte indessen leider auf gewisse unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, so lange Staat und Kirche identisch sind. . . . Und erst recht, wenn der Staat von einer allem Konfessionen so grundsätzlich fernstehenden Regierung geleitet wird, wie die Piłsudski-Regierung es seit 1926 bisher war. Gefeiert, daß die Regierung dem Umsturzgreifen des Freidenkerstums innerhalb der Lehrerschaft steuern möchte. Sie könnte nur tun, wenn sie das freidenkerische Element zurücknehmen und an dessen Stelle die der katholischen Kirche gehorrende Lehrer bevorrechte.

Die richtige Durchführung dieses Auslesesystems würde zum unausweichlichen Ergebnis haben, daß die Reihen der Lehrerschaft sich lichten würden und die Lücken durch ein klerikal aufgeputztes, heimlich aber oppositionelles, Element ausgefüllt werden müßten. Denn: ein „klerikaler“ Piłsudski — ist eine Bezeichnung, die man nur auszusprechen braucht, um ein Völkchen des Unglaubens hervorzurufen. Sicher gibt es hier und da Einzelmenschen, auf welche diese Bezeichnung passen könnte. Man müßte sie, sofern sie nicht Priester sind, irgendwo im Vilnaer Lande suchen und sich dabei einige Mühe geben. Das polnische Volk, sofern es klerikal fühlt und handelt, befindet sich — überall in Polen — unter dem moralischen Einfluß der Nationaldemokratie und ihres Nachwuchses und folgt dem politischen Kommandoruf der Opposition.

Das ist den maßgebenden Stellen im Unterrichtsministerium wohl bekannt, und daher beeilen sie sich nicht mit Maßnahmen und Maßregelungen, welche der nationaldemokratischen Opposition Genugtuung geben, aber den Piłsudski-Kultus in der gesamten Lehrerschaft bedenklich gefährden würden. Die ihre Pflichten im Geiste Piłsudskis aufzufassende und erfüllende Lehrerschaft hat also von den Ergebnissen des Gesprächs des Marshalls Piłsudski mit dem katholischen Priester, welcher Unterrichts-Vizeminister ist, wahrscheinlich viel weniger zu befürchten, als die klerikale Presse zu hoffen wagt.

Sir John Simon zur Saarfrage.

Eine Erklärung im Unterhause.

London, 6. November.

Auf eine Interpellation des Oppositionsführers Lally gal am Montag nachmittag Außenminister Sir John Simon im Unterhaus folgende Erklärung ab:

Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet ist Sache der Saarkommission, die diese Aufgabe nach wie vor befriedigend erfüllt. Eine Lage, in der die Saarkommission zur Aufrechterhaltung der Ruhe unfähig wäre, wird daher kaum eintreten, und ich vertraue darauf, daß sie niemals eintreten wird. Bereits im Jahre 1926 erklärte die Saarkommission dem Völkerbundrat, daß sie sich im Falle absoluter Notwendigkeit für berechtigt halte, Truppen von außerhalb des Saargebiets und von der Nähe der Grenzen des Saargebiets zur Aufrechterhaltung der Ruhe heranzuziehen. Der Völkerbundrat nahm am 19. März 1926 hiervon Kenntnis. Das Unterhaus ersehe daraus, daß es niemals in Frage kam, britische Truppen zu benennen. Es wird auch nichts derartiges von der Englischen Regierung in Erwägung gezogen.

Die französischen Dispositionen an der Saargrenze sind keine Vorsichtsmaßnahmen.

Es kann keine Rede davon sein, auswärtige Kräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung heranzuziehen, solange die Saarkommission ihre Aufgabe selber erfüllen kann und solange sie sich nicht gezwungen sieht, um Hilfe zu bitten.

Simon teilte sodann dem Hause mit, daß der deutsche Botschafter ihn am Montag vormittag aufsuchte und ihm die Anordnung über die SS und SA bestätigte, 25 englische Meilen vom Saargebiet keine Uniform zu tragen. Gleichzeitig habe der deutsche Botschafter ihm die feierliche Zusicherung erteilt, daß keine Gefahr einer Invasion des Saargebiets besteht.

Simon fuhr fort: „Ich habe Herrn von Höesch und dem französischen Botschafter die Bestiedigung der Englischen Regierung über diese Ankündigung ausgedrückt, und ich habe

von dem französischen Botschafter die Zusicherung, daß die französischen Maßnahmen reine Vorsichtsmaßnahmen sind,

erhalten. Unter diesen Umständen haben wir das Recht, zu erwarten, daß mit der gebührenden Zurückhaltung die Volksabstimmung, die der Völkerbundrat abhalten muß, korrekt und ordnungsgemäß am 13. Januar durchgeführt wird.“

Zu den Ausführungen des englischen Staatssekretärs bemerkte das DNB:

„Es wäre bedauerlich, wenn aus den Worten Sir John Simons herauszuleSEN wäre, als habe es erst der Maßnahme des Reichskommissars für das Saargebiet Brückel bedurft, um die Gefahr von deutscher Seite her drohender Unruhen zu beseitigen. Es muß mit allem Nachdruck daran erinnert werden, daß eine derartige Gefahr nicht bestanden hat, daß wiederholt die Innenhaltung strengster Buch innerhalb und außerhalb des Saargebietes von maßgebenden Stellen angeordnet und befolgt worden ist. Wenn jetzt noch ergänzende, ins Einzelne gehende Anordnungen erlassen worden sind, so geschah das, um angesichts der von französischer Seite getroffenen militärischen Maßnahmen, die geeignet waren, die Saarbevölkerung in tiefgehende Beunruhigung und Erregung zu versetzen, nichts zu versäumen. Auf der anderen Seite geht aber gerade aus den Worten Simons „bei angemessener Zurückhaltung auf allen Seiten“ hervor, daß auch für die übrigen Stellen manches zu tun noch übrig bleibt. Die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet, die Sir John Simon zu Beginn seiner Rede als seinen Erfolg der Regierungskommission hinstellte, ist in erster Linie ein Verdienst der deutschen Bevölkerung selbst,

die allen Provokationen zum Trotz mustergültige Disziplin bewahrt hat.

Solche Provokationen, die von den ihr Asylrecht missbrauchenden Emigranten hervorgerufen werden, abzustellen, ist Sache der Regierungskommission und derjenigen französischen Stellen, die sie immer wieder ermuntern. Man wird also logischerweise erwarten dürfen, daß der englische Staatssekretär nach den weitgehenden Vorleistungen auf deutscher Seite nunmehr seinen Einfluß dahin gebraucht, daß auch von Seiten Frankreichs und der Saarregierung entsprechende Maßnahmen nachgeholt werden.

Was die juristischen Ausführungen des englischen Staatssekretärs anlangt, so muß noch einmal mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden,

dass die Beschlüsse des Völkerbundrates vom März 1926, die ohne Mitwirkung Deutschlands zustandegekommen sind, Sinn und Zweck verloren haben, seitdem das Rheinland geräumt ist.

Darüber hinaus muß aber mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es ungeheuerlich wäre, wenn jetzt, während der Abstimmungsperiode, das Saargebiet unter die Bajonetten einer interessierten Partei, d. h. Frankreichs, gestellt würde. Ein solches Vorgehen könnte weder von der Regierungskommission, noch von dem Völkerbundrat angeordnet oder verantwortet werden, da dies in krassem Widerspruch zu dem vertraglich verbürgten Recht auf freie und unbeinflußte Abstimmung stehen würde.“

Bürkel in Rom.

Zur Tagung des Saar-Ausschusses.

Rom, 6. November. (DNB) Der Saarbevollmächtigte des Reichskanzlers, Bürkel, und der Vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. Voigt sind hier eingetroffen, um gelegentlich der gegenwärtigen Tagung des Dreier-Komitees des Rates, das sich mit der Vorbereitung der Saarabstimmung und mit anderen das Saargebiet betreffenden Fragen beschäftigt, diesem den deutschen Standpunkt in den zur Erörterung gestellten Fragen darzulegen.

Gömbös in Rom.

Rom, 6. November. Der ungarische Ministerpräsident Gömbös traf am Montag, von Wien kommend, hier ein und wurde mit allen Ehren von Mussolini selbst und von Unterstaatssekretär Sivio empfangen. Gömbös, der in der ungarischen Gesandtschaft Wohnung genommen hatte, wird die erste Besprechung mit Mussolini am heutigen Dienstag haben; ihr wird im Mittwoch nachmittag die zweite und letzte des kurzen Besuches folgen. Die in Paris ausgesprochene Vermutung, Gömbös könnte sich bei Mussolini darum bemühen, daß die politische Verantwortlichkeit des Marseiller Attentats nicht vor den Völkerbund gebracht würde, wird dementiert.

In den Begrüßungsworten der römischen Presse wird besonders hervorgehoben, daß Italien und Ungarn stets gegenseitig auf die Freundschaft des anderen rechnen können. Alle anderen jüngst gegebenen Andeutungen könnten nicht im geringsten an diesen Freundschaften röhren. Zweifellos wird aber auch von den Wirtschaftsfragen die Rede sein, die sich nicht so zu Ungarns Gunsten entwickelt zu haben scheinen, wie von dem römischen Protokoll im März erwartet wurde.

Im übrigen geht der Besuch mit dem üblichen Zeremoniell vor sich, bei dem Mussolini Dienstag abend zu Ehren des Gastes ein großes Bankett im Hotel Excelsior gibt und die Gegeneinladung in der ungarischen Gesandtschaft, die am Tage darauf erfolgt. Gömbös ist auch zu einer Audienz beim Papst eingeladen.

Gömbös' Wiener Besuch bildet nur den Auftakt zu den Besprechungen in Rom, bei denen u. a. auch die österreichische Frage zur Debatte gestellt werden soll.

Bor einer neuen politischen Konjunktur?

Aus Andeutungen des Pariser „Œuvre“, die wir unlängst wiedergaben, geht hervor, daß der neue französische Außenminister Laval das Ostpakt-Bermächtnis Barthous trog der „deutsch-polnischen Verschwörung“, wie man die ablehnende Haltung Deutschlands und Polens gegenüber diesem Plan zu bezeichnen beliebt, verwirktliche möchte, jedoch eine andere Vertragsform anstrebe, womit Laval eine sehr starke Änderung in der bisherigen Paktpolitik vornehmen will mit dem taktischen Ziel, Polen durch Milderung des Vertrags-Wortlauts und durch Geduld zu gewinnen und auf keinen Fall durch einen vorzeitigen Sonderabschluß mit Moskau zu reizen. Diesen Standpunkt macht sich jetzt auch der Pariser politische Korrespondent des „Illustration Kurier Codicennay“ zu eigen, der bereits von einer Evolution Frankreichs gegenüber der unabhängigen Politik Polens

spricht. Er beschäftigt sich mit der voraussichtlichen Änderung der Pariser Ostpolitik in einem längeren Artikel, in dem er den Nachweis zu führen versucht, daß Frankreich heute auf der Suche nach neuen Wegen sei, um sich der neuen Lage anzupassen, die in Mitteleuropa durch den im Januar d. J. erfolgten Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes entstanden ist.

Diese Dispositionsänderung, so heißt es in dem Artikel, kann eine radikale Änderung der ganzen französischen Ostpolitik zur Folge haben. Allerdings darf man nicht erwarten, daß in dieser Beziehung von französischer Seite unverzüglich eine konkrete Initiative ergriffen werden dürfte. Die großen inneren Schwierigkeiten und die mühseligen Vorbereitungen für die Reise des Ministers Laval nach Rom bewirken es, daß die Regierung Doumergue vorläufig eine abwartende

Haltung dort einnimmt, wo eine unverzügliche Aktion nicht notwendig ist. Nichtsdestoweniger aber sind hier (d. h. in Paris) in den letzten Tagen gewisse wahrnehmbare Tendenzen in die Erscheinung getreten, die

eine ebenso für Frankreich wie auch für Polen neue politische Konjunktur ankündigen." — Einen Beweis dafür erblickt der Verfasser in der französischen Politik, wie sie von Briand bis Laval geführt wurde. "Die Vorkriegspolitik des Quai d'Orsay", meint er, "zielt auf verschiedenen Wegen auf eine Verständigung mit Deutschland ab, die durch eine vorhergehende Lähmung des deutschen Imperialismus bedingt ist. Dieses Ziel versuchte man entweder durch die Bildung eines alleuropäischen Friedenssystems (Briand) oder auch durch die Montierung der Blöcke der Bundesgenossen (Barthou) zu erreichen. In den letzten Monaten seines Lebens war Briand selbst Zeuge des völligen Bankrotts seiner literarisch-politischen Träume. Die weit realeren Pläne Barthous zogen nicht genügend die Verwüstungen in Betracht, die der Mangel an Realismus bei seinen Vorgängern angerichtet hatte. Der Ostpolitikplan, der sich noch vor 1½ Jahren hätte verwirklichen lassen, stellte sich heute als undurchführbar heraus. Der durch die polnische Regierung gegenüber dem Ostpolitikprojekt hat eine neue Wirklichkeit enthüllt, die sich das überraschte Frankreich nicht anders erklären konnte, als durch eine

"polnisch-deutsche Verschwörung".

Von dieser Zeit an spukt die "polnisch-deutsche Verschwörung" in den Spalten der Presse umher; sie wird in verschiedenen Cafés und auch offiziell wiederholt, wobei sie überall das Misstrauen Frankreichs zu Polen vertieft und bis zur Überfertigung die polnisch-deutsche Propaganda auf französischem und internationalem Gebiet flittert. Eine gewisse Revision dieser alten "offenherzigen" Meinung kann man erst seit einigen Tagen beobachten. Dies bedeutet aber durchaus nicht, daß die Stelle der bisherigen Kränkung gegenüber Polen in Frankreich eine plötzliche Heraushebung eingenommen hätte. Regierung, Generalstab und französische öffentliche Meinung blicken immer misstrauischer in Richtung Warschau; der einzige Unterschied besteht darin, daß jetzt die Überlegung das Übergewicht hat. Dies läßt die Annahme zu, daß, wenn der Augenblick der Aktion kommt, die Entscheidungen genau durchdacht werden.

Solche Anderung ergibt sich in erster Linie aus der persönlichen Einstellung des Außenministers Pierre Laval, der weniger eigenstätig ist, als es scheinen könnte. Wenn Laval "nein" sagt, so klingt dies ein wenig wie "vielleicht", ein wenig wie "ja". Er hatte mit Nachdruck angekündigt, daß er die Politik des Ministers Barthou fortsetzen werde; doch daran glaubt niemand. Er wird seine eigene Politik treiben, ein Mittelding zwischen Opportunismus und den Berechnungen der Astronomen, da der Bauerverstand Laval's ihm sagt, daß er die große Zukunft, die er sich vorgezeichnet hat, nicht geraden Wege, sondern vorsichtig auf Nebenwegen schreitend erreichen wird. Es muß hinzugefügt werden, daß Laval nach Ansicht vieler Politiker die Regierung Doumergue und vielleicht sogar die tiefste Strukturrevolution, welche Frankreich droht, überdauern wird. Man hält ihn für den Mann der Vorstellung, und bösertige Menschen machen den Zusatz, daß niemand besser als er die geheimen Fonds des Quai d'Orsay zu verwalten vermag."

Weiter beschäftigt sich der Bericht des polnischen Korrespondenten mit der

Möglichkeit einer französisch-deutschen Verständigung:

"Trotz allem, was man spricht, wird es das wenn auch anfangs verheimlichte Hauptziel der Außenpolitik Laval's sein, sich mit Deutschland zu verstehen. Die grundsätzliche Schwierigkeit wird nicht etwa die Antipathie des Republikaners gegenüber dem Nationalsozialismus sein (Laval ist nicht voreingenommen!), nicht das Saarproblem, ja nicht einmal Österreich, sondern die deutschen Rüstungen. Wird Berlin in diesem Punkt zugestanden, wird keine unvorhergesehene Erdütterung dem ein Hindernis sein, so wird früher oder später unter den Klängen der Marillatze und des Deutschland-Liedes die deutsch-französische Verständigung eine für Frankreich sehr gefährliche Epoche eröffnen können. Manche Franzosen bezeichnen eine solche Politik als den "größten Fehler in der heutigen Geschichte."

Im seinem Aufsatz beschäftigt sich der Pariser Vertreter des "Illustrationen Kurier Codicium" sodann mit der näheren Zukunft und den Fragen, die Polen direkt angehen: "Der Ausgangspunkt der Politik Laval's gegenüber Polen ist das sich seit einem Monat im Quai d'Orsay befindende Dokument, das auf sechs Schreibmaschinenseiten den

Standpunkt der polnischen Regierung gegenüber dem Ostpolitikplan

widerspiegelt. Nach Berichten der französischen Presse steht dieses Dokument aus zwei Teilen zusammen, deren erster die Aufmerksamkeit auf die durch die polnische Politik in Osteuropa erreichten Ergebnisse lenkt, die eine genügende Grundlage für die friedliche Zusammenarbeit Polens mit seinen großen Nachbarn schaffen. Im zweiten Teil sind in drei Punkten die grundsätzlichen Bemerkungen der polnischen Regierung zu dem Ostpolitikplan aufgezählt. Darin wird festgestellt:

1. daß es Polen nicht möglich ist, dem von Frankreich geplanten System beizutreten, wenn nicht alle seine Nachbarn, also auch Deutschland sich ihm anschließen, und wenn nicht in einem besonderen Artikel die Aufrechterhaltung des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes als der Hauptgrundlage der gegenseitigen Beziehungen der beiden Seiten sichergestellt wird;
2. daß es der polnischen Regierung nicht möglich ist, irgend etwas einem Staat zu garantieren, der mit Polen keine diplomatischen Beziehungen unterhält (Litauen);
3. daß die polnische Regierung Vorbehalte zur Wahl der Tschechoslowakei als Mitglied des Ostpaktprojekts eingenommen hat.

In einem Schlusssatz stellt die polnische Regierung unter Berufung auf die bereits in Nordosteuropa erreichten Ergebnisse fest, daß sie ihren Standpunkt nicht ändern kann, den sie bisher gegenüber dem Ostpaktprojekt eingenommen hat.

Hieraus ist zu ersehen, daß die polnische Regierung durch dieses Dokument vom 27. September dem Ostpolitik nicht beigetreten ist und seinen Standpunkt mit der Gesamtgestaltung der polnischen Außenpolitik gegründet hat. Der negative Inhalt des Dokuments verliert allmählich seine Aktualität gegenüber der Tatsache, daß das Projekt selbst in Vergessenheit geraten zu sein scheint. Dagegen zeigt der positive Teil Frankreich die polnische Außenpolitik nicht mehr unter dem Gesichtswinkel irgend einer "deutsch-polnischen Verschwörung", sondern unter dem Blickpunkt von konkreten Ergebnissen, die Polen durch ein vielseitiges System nicht erreichen will.

Diese Argumente wird Minister Laval gewiß nicht leicht nehmen. Sie fangen an, der französischen öffentlichen Meinung die Augen zu öffnen, die manchmal die Richtigkeit der polnischen Politik begreift, welche man bis jetzt als ein wahnsinniges, ja sogar selbstmörderisches Ziel bezeichnet hat. Es handelt sich jetzt darum, ob Frankreich eine neue Ostpolitik zu schaffen vermag und schaffen kann, die sich der seit zwei Jahren kristallisierten unabkömmligen polnischen Politik anpassen läßt. Es ist uns bekannt, daß solche Bestrebungen bestehen, es fehlt jedoch die Plattform, auf der sie sich entwickeln könnten. Kompliziert wird die Sache durch die ziemlich weit fortgeschrittenen französisch-sowjetischen Verhandlungen, die auf den Abschluß eines

politischen Abkommens zwischen Paris und Moskau

nach dem Muster der französisch-polnischen Abkommen vom Februar 1921 und Oktober 1925 abzielen. In jedem Falle treten wir in die Epoche einer neuen politischen Konjunktur ein, hinter der — auf einer anderen Plattform — eine neue französisch-deutsche Konjunktur steht.

Berlängerung der Parlaments-Kadenz?

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter)

Warschau, 6. November. Laut Gerüchten, die in den politischen Kreisen aufgetaucht sind, hätten die leitenden Faktoren des Regierungslagers beschlossen, die Verfassungsreform noch in der laufenden Kadenz vollends durchzuführen. Den Verlauf der weiteren Arbeiten stellt man sich so vor, daß der Senat das vom Sejm bereits beschlossene Verfassungsprojekt einer weitgehenden Änderung unterziehen und es dadurch ermöglichen werde, daß das gründlich umgestaltete Projekt im Sejm die erforderliche Zweidrittelmehrheit erlangt. Im Zusammenhang damit werde das Bestreben gewisser Kreise des Regierungslagers verständ-

lich, eine Verlängerung der laufenden Kadenz des Sejm zu erwirken. Es mehren sich die Stimmen, die vorausgesagt, daß die Parlaments-Kadenz eventuell bis zum 1. Januar verlängert werden könnte.

Wir geben diese Gerüchte mit allem Vorbehalt wieder.

Deutsch-polnischer Presseabend in Danzig

Eine Rede des Völkerbundkommissars.

Danzig, 6. November. Der Verband der Danziger Presse hatte am Montag abend die Vertreter der polnischen Presse in Danzig zu einem Empfang geladen, an dem neben dem Gauleiter Forster, dem Vertreter der Danziger Regierung, Senator Bäuerle, und dem deutschen Generalkonsul von Radowicz auch der Danziger Völkerbundskommissar Lester, der diplomatische Vertreter der Republik Polen, Minister Papé, und der Präsident des Danziger Hafenausschusses, Niederbrugge, teilnahmen.

Der Vorsitzende des Verbandes der Danziger Presse, Dr. Baranke, begrüßte die Gäste und wies darauf hin, daß die Zusammenarbeit zwischen der deutschen Presse Danzigs und der polnischen Presse sich seit der Übernahme der Macht durch die NSDAP besonders eng gestaltet habe. Der Präsident der polnischen Pressevereinigung in Danzig, Bielowski, dankte für die Einladung und betonte, daß er Nationalisten für unbedingt notwendig halte.

Dann ergriff der Gauleiter von Danzig, Staatsrat Forster, das Wort. Er erklärte, daß die NSDAP in Danzig von der Wichtigkeit der Presse überzeugt sei und auch jeder sachlichen Kritik in der Presse Raum gewähren wolle. Insbesondere betonte Gauleiter Forster, daß die nationalsozialistische Bewegung in Danzig in Übereinstimmung mit der Politik des Führers ihre Bereitschaft zur Verständigung mit Polen bewiesen habe. Gerade das Danziger Gebiet brauche den Frieden. Die Danziger NSDAP werde alles tun, um für die Gegenwart und für die Zukunft in Danzig ein glückliches Zusammenarbeiten zwischen zwei Völkern zu erzielen, die hier heute und in Zukunft miteinander leben müssten.

Zum ersten Male seit dem Bestehen des Freistaates Danzig ergriff dann der Völkerbundskommissar das Wort. Exzellenz Lester erklärte, daß er selbst lange Jahre hindurch als Journalist tätig gewesen sei. Er dankte dem Verband der Danziger Presse für den Empfang und betonte, daß gerade unter den besonderen Schwierigkeiten der Lage Danzigs die Journalisten die besten Dienste für die Vereinfachung der beiden großen Nationen im Osten leisten könnten.

Der Abend verlief in angeregtem Meinungsaustausch zwischen den Vertretern der deutschen Danziger Presse und den polnischen Pressevertretern in Danzig.

Dr. Goerdeler wieder Preiskommissar.

Dr. Karl Goerdeler, Oberbürgermeister von Leipzig (gebürtig aus Schneidemühl), ist durch Beschuß des Reichskabinetts vom 5. November auf Grund des am gleichen Tage beschlossenen Gesetzes über die Bestellung eines Reichskommissars für Preisüberwachung zum Reichskommissar ernannt worden. Er tritt damit von neuem ein Amt an, das er schon unter dem Reichskanzler Dr. Brüning inne hatte. Damals, im Dezember 1931, ist er eigentlich erst der breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden, obwohl er in den engeren Verwaltungsbezirken, die er vorher betreute, so als zweiter Bürgermeister von Königsberg und dann, seit April 1930 als Oberbürgermeister von Leipzig, sich die größte Anerkennung seines Wirkens errang. Goerdeler gilt als besonders guter Kenner finanzieller und wirtschaftspolitischer Fragen. Das hat ihm seinerzeit auch seine erste Berufung als Preiskommissar eingetragen. Seine Vollmachten waren damals ziemlich beschränkt. Trotzdem hat er sich mit Energie, Entschlossenheit und doch, wo es angebracht war, behutsamer Hand durchgesetzt und in einem Zeitpunkt, in dem eine ungehemmte Preisentwicklung ernste Schwierigkeiten hätte hervorrufen können, die Preisgestaltung in einen festen Rahmen gespannt.

Ein Wort der großen evangelischen Vereine und Verbände zum Kirchenfrieden.

Die großen evangelischen Vereine und Verbände im Reich veröffentlichten folgende Erklärung:

Klarheit über Marseille?

Eine Darstellung der Belgrader "Breme"

Belgrad, 6. November. (DNB)

Die halbamtliche "Breme" hält das Marseiller Verbrechen nunmehr für vollkommen geklärt. Der weitere Verlauf der Untersuchung könne zwar noch einige Einzelheiten ergeben, die bisher unbekannt waren. Diese Einzelheiten vermöchten aber an dem Hauptergebnis nichts mehr zu ändern. Dem Blatt folge soll die Unterstellung einwandfrei festgestellt haben, daß Pavelitsch, der Chef der Terroristenorganisation, den Auftrag zur Ermordung des Königs Alexander gegeben habe.

Ferner habe der in Wien verhaftete Oberstleutnant Pertschewitsch in Janka-Pušta durch das "Schwarze Los" eine Gruppe von drei Mann bestimmt, die den Befehl zum Anschlag erhalten hätten. Der Haupttäter, Georgiev, sei jedoch von Pavelitsch ausgewählt worden. Er sei aus Italien nach Zürich gekommen, und zwar in Gesellschaft mit Maternik, wo die beiden die aus Ungarn kommende Gruppe erwartet hätten. Maternik habe an die Terroristen Geld und Waffen verteilt; die Waffen seien in Triest bei der Firma Angelini und Bernardoni gekauft worden. Die italienische Polizei habe dies zugegeben. Dieselbe Waffenfirma habe seit jeher mit Pavelitsch wegen der Ausrüstung der südslawischen Aufständischen in Verbindung gestanden, die in verschiedenen Lagern in Italien und Ungarn untergebracht gewesen seien.

Nach Abschluß der polizeilichen Untersuchung werde — der "Breme" aufzugeben — der Völkerbund das Wort erhalten, um den politischen Hintergrund des Anschlages zu klären. Südlawien werde aber noch mit Frankreich und der kleinen Entente eingehend darüber beraten, ob und wann der Völkerbund angreifen werden soll.

Ruf nach Sanktionen gegen Ungarn.

Belgrad, 6. November. (DNB) Zu ihren Größterungen über den Marseiller Anschlag halten sich die Blätter auch weiterhin im großen und ganzen an die Schreibweise der französischen Presse. Sie spülen daher ihre Angriffe auf Ungarn zu und belasten Budapest fast ausschließlich mit der Verantwortung für den Königsbrand. Auch

Die gegenwärtige Stunde der Deutschen Evangelischen Kirche fordert Einigung und Frieden. In mehrfachen vertraulichen Besprechungen haben wir uns als Führer von Verbänden und Vereinen davon überzeugt, daß die Hindernisse überwunden werden können, und daß Friede möglich ist. Jetzt ist es die Verantwortung aller derer, die in der Führung der Kirchenpolitischen Gruppen stehen, sich zu gemeinsamer Aussprache zusammen zu finden. Wer es an Friedensbereitschaft fehlt, gefährdet die Einheit und die Sendung der reformatorischen Kirche in unserem Volk und Staat.

Professor Dr. Hans Schmidt, Vorsitzender des Fakultätentages der Evangelischen Theologischen Fakultäten Deutschlands, Superintendent Dr. D. Schäfer-Rennsieck, Vorsitzender des Verbandes Deutscher evangelischer Pfarrvereine C. B. Litz, Heinrich-Berlin, Gesellschaft für evangelische Pädagogik.

Reichsbischof Müller ordnet Kirchengebete für Adolf Hitler an.

Berlin, 6. November. (PAT) Im Amtsblatt der evangelischen Pfarrer Berlins wird folgende Anordnung des Reichsbischofs Müller veröffentlicht: Ich ordne an, daß bei den Sonntags-Gottesdiensten Gebete für den Reichskanzler und den Führer des deutschen Volkes Adolf Hitler verrichtet werden.

Warum werden diese Gebete erst jetzt angeordnet? Nebenbei bemerkt: das Kirchengebet für den Führer ist schon lange vorher evangelische Kirchenseite gewesen.

Die Heftigkeit der Angriffe hat keineswegs nachgelassen, sie steigert sich eher von Tag zu Tag. Es werden "Sanktionen" gegenüber Ungarn gefordert. Wie verlautet, haben inzwischen die Behörden begonnen, einzelne ungarische Staatsbürger, die in Südlawien Geschäfte ausgeübt, auszuweisen.

Die halbamtliche "Breme" geht in einem Bericht aus Paris, in dem die "irredentistischen Vereine des Teb und Mome" der Finanzierung des Königsbrandes beschuldigt werden, zu direkten Angriffen auf den ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös über. Die in Frankreich verhafteten Terroristen Pospischil, Rawitsch und Kralz hätten, mit ungarischen Generalstabs- und Truppenoffizieren eng zusammengearbeitet zu haben. "Breme" nennt sogar eine Reihe dieser Offiziere mit Namen.

Massenausweisungen von Ungarn aus Südlawien

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Belgrad, daß die Verwaltungsbehörden mit der Ausweisung von ungarischen Staatsangehörigen beginnen, einzelne ungarische Staatsbürger, die in Südlawien Geschäfte ausgeübt, auszuweisen. Die Ausgewiesenen haben innerhalb von drei Tagen das Gebiet Südlawiens zu verlassen.

Gensationelle Verhaftung in Warschau.

Auf Verfügung des Prokurators beim Bezirksgericht in Warschau wurde der Leiter des Umbauwerks des Eisenbahngütern, Ingenieur Turowicz, verhaftet. Die Verhaftung erfolgte nach Feststellung einiger krasser Fälle von Missbrauchen und Veruntreuungen, die sich Turowicz hat aufzudulden kommen lassen. U. a. hat Turowicz der Firma "Wolski und Wiśniewski" für Bauarbeiten eine Million Lote ausgezahlt, während die wirklichen Baukosten nachweislich nur 700 000 Lote betrugen. Die Verhaftung des Ingenieurs Turowicz, die sehr angesehene Persönlichkeit war, und über einen großen Einfluss verfügte, hat in den breitesten Kreisen der Bevölkerung ein außerordentliches Aufsehen erregt.

Die Gdingener Wirtschaft fordert Geschäftspässe.

In Verbindung mit dem angekündigten Gesetz über die Herabsetzung der Gebühren für Auslands-pässe haben sich, wie das "Danziger Echo" meldet, die Wirtschaftskreise Gdingens über die Handels- und Gewerbe kammer in Gdingen mit einer Reihe von Forderungen an die maßgeblichen Stellen gewandt. In dem diesbezüglichen Schreiben wird hervorgehoben, daß das Wirtschaftsleben Gdingens besondere Passvorschriften erfordere, um den Kontakt Gdingens mit dem Ausland aufrechtzuerhalten. Die hohen Passgebühren sowie die Formalitäten zur Erlangung eines Passes stellen nach Ansicht der Gdingener Wirtschaftskreise fast unüberwindbare Hindernisse in dem Wirtschaftsverkehr Polens mit dem Ausland dar.

Zur Aufrechterhaltung eines geordneten Auslands geschäfts fordern die Gdingener Wirtschaftler daher besondere Kaufmannspässe, die nicht teurer sein sollten als die regulären Danziger und deutschen Pässe und die vor allen Dingen eine längere Gültigkeit als bisher aufweisen. Ferner sollen solche Personen, die ständig in Gdingen wohnen und im Hafen oder bei Hafensteinstitutionen beschäftigt sind, zweimal im Jahre in den Genuss von 2- bis 4wöchentlichen Sonderreise pässe kommen. Ferner hält man es für nötig, daß von dem Regierungskommissariat in Gdingen mehrfältige Durchlaßschein zum Besuch benachbarter Häfen gegeben werden.

Die Forderungen der Gdingener Wirtschaftskreise bezüglich der Auslands-pässe sind seit längerer Zeit bekannt. Jetzt werden sie angesichts des angekündigten neuen Passgesetzes, das den Gdingener Wünschen immer noch nicht Rechnung trägt, in entschiedener Form wiederholt.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 6. November.

Zeitweise heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet trockenes, zeitweise heiteres und mildes Wetter an.

Zusammenlegung des Arbeitslosenfonds und des Arbeitsfonds.

Durch Verordnung des Staatspräsidenten vom 24. Oktober 1934 (Dz. Ust. Nr. 94, Pos. 849) sind der Arbeitslosenfond und der Arbeitsfond, welcher letztere durch Gesetz vom 16. März 1933 ins Leben gerufen wurde, vereinigt worden. Das Tätigkeitsgebiet des ersten ist dem Arbeitsfond überwiesen worden. Aus den neuen Bestimmungen heben wir das Nachstehende hervor:

Die Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeitsvermittlung, der Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit, der Beratung und Vorbereitung für den Beruf und der sofortigen Hilfe übt der Arbeitsfond durch die Bureaus des Arbeitsfonds der Wojewodschaft aus. Insbesondere entscheiden diese Bureaus über die Versicherung der Arbeiter für den Fall der Arbeitslosigkeit, über die Zuverlässigkeit von Beihilfen und ihre Höhe. Die genannten Bureaus können ihre Tätigkeit den Selbstverwaltungsverbänden und anderen öffentlich-rechtlichen Institutionen übertragen. Die Grundsätze und das Verfahren dabei bestimmt der Wohlfahrtsminister durch Verordnung. Die Aufsicht hat der Wohlfahrtsminister durch Verordnung. Das Statut für den Arbeitsfond erlässt der Ministerrat auf Antrag des Wohlfahrtsministers.

Die Durchführung der Arbeitsvermittlung durch den Arbeitsfond, die Registrierung und Kontrolle der Arbeitslosen regelt eine Verordnung des Wohlfahrtsministers.

Die bisherigen Rechte, Verpflichtungen und das Vermögen des Arbeitslosenfonds gehen mit dem Tage des Inkrafttretens der neuen Verordnung auf den Arbeitsfond über.

Die Überschreibung hypothekarischer Titel aus dem Arbeitsfond auf den Arbeitsfond erfolgt kraft dieser Verordnung auf den einseitigen Antrag des Arbeitsfonds.

Der Wohlfahrtsminister bestellt zur Durchführung der Vereinigung der beiden Fonds einen Kommissar.

Die Übernahme der Tätigkeit des Arbeitslosenfonds durch den Arbeitsfond berührt nicht die Rechte, die die Versicherten auf Grund des Gesetzes vom 18. Juli 1924 erworben haben.

Die neue Verordnung tritt am 1. April 1935 in Kraft, mit Ausnahme des Art. 8, der am Tage der Veröffentlichung ins Leben tritt. (Der genannte Art. 8 betrifft die Berufung des Kommissars zur Durchführung der neuen Verordnung.)

Registrierung der Ölsämereienanbauländer.

Weds Kontingentierung des Ölsämereien-Anbaues wird gegenwärtig in Polen von den Ölsämereien-Produzentenvereinen eine Registrierung der Anbauländer dieser Früchte durchgeführt. Alle Landwirte, die Ölsämereien anbauen, sollten daher in ihrem eigenen Interesse die Anbaufläche mit diesen Früchten bis spätestens 12. November bei der Ölsämereien-Produzentenverein in Posen (Stowarzyszenie Producentów Nasion Oleistych Zachodniej Polski - Połonan, ul. Sew. Mielzyńskiego 7) anmelden. In Frage kommt die bestellte Fläche mit Winterraps und die im nächsten Frühjahr beabsichtigte Anbauläche mit Sommer rüben, Sommerraps, Lein, Hanf, Mohn und Senf.

Ein Dokumentenfälscher hatte sich in dem 29jährigen Arbeiter Stanisław Strzelecki aus Świdnica vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Der Angeklagte hatte im vergangenen Jahre seine Fahrkarte gefälscht, indem er die Jahreszahl 1932 in 33 um änderte. Er, der sich vor Gericht zur Schuld bekannte, erhielt drei Monate Arrest mit dreijährigem Strafausschub.

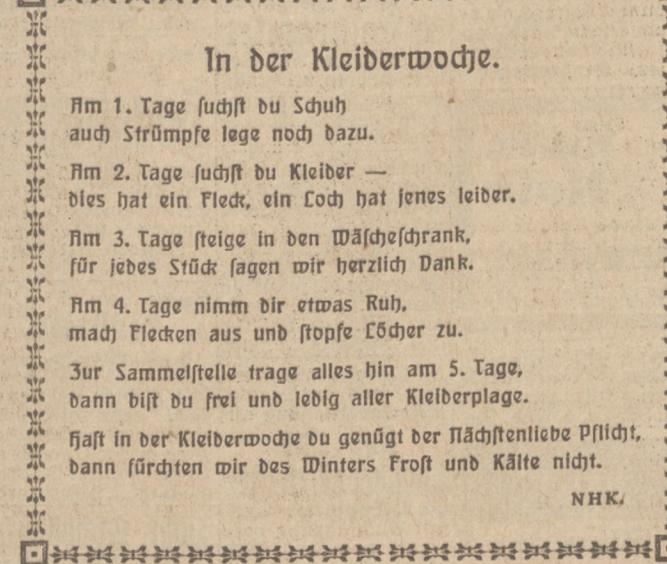
Gekohlten wurde eine goldene Uhr mit Kette dem Danzigerstraße 51 wohnhaften Kazimierz Stobiecki in einem hiesigen Lofal. — Einen Wohnungseinbruch verübten unbekannte Diebe bei dem hier Rinkauerstraße 48

wohnhaften Kaufmann Felix Nowarczyk. Die Spitzbuben hatten ein vor der Wohnung angebrachtes Vorhängegeschloß gewaltsam abgerissen, waren dann mit Hilfe von Dietrichen in die Wohnung eingedrungen und hatten zwei Anzüge, ein Paar Schuhe und einen Koffer gestohlen. Unbekannt konnten sie mit ihrer Diebesbeute entkommen.

Ein Fahrrad wurde dem hier Kronerstraße wohnhaften Tomasz Wiśniewski gestohlen, als dieser es vor einem Fleischerladen in der Chausseestraße stehen ließ.

Aus dem Gefängnis in Bielitz ausgetragen ist der Untersuchungsgefange, der 45jährige Piotr Kowalski, sowie der 28jährige Arbeiter Marian Olchowiak, der zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden war.

Wegen Unterklagung hatten sich vor dem hiesigen Bürgergericht der 39jährige Arbeiter Josef Rompański und der 44jährige Tischler Anton Delicki, beide in Gordon wohnhaft, zu verantworten. Die Angeklagten hatten in der Zeit von 1929 bis zum März d. J. als Kassenverwalter des Verbandes der Kriegsinvaliden in Gordon den Betrag von 893,78 Zloty unterschlagen. Es gibt vor Gericht an, daß er 150 Zloty an sich genommen habe, da er eine längere Zeit arbeitslos gewesen sei. 350 Zloty hatte er im Jahre 1932 auf Pako einzahlen wollen, unterwegs jedoch den Mitangeklagten D. getroffen, mit dem er zusammen eine Restauration aufsuchte, wo sie sich bis spät in die Nacht aufhielten. Am anderen Tage habe er festgestellt, daß ihm das Geld gestohlen worden sei. D. bekennt sich nicht zur Schuld und will von dem Gelde nichts veruntreut haben. Nach Schluß der Beweisaufnahme verurteilte das Gericht die Angeklagten zu je 8 Monaten Gefängnis, gewährte ihnen jedoch, da sie noch nicht vorbestraft sind, einen dreijährigen Strafausschub.



In der Kleiderwoche.

Am 1. Tage suchst du Schuh auch Strümpfe lege noch dazu.

Am 2. Tage suchst du Kleider — dies hat ein Fleck, ein Loch hat jenes leider.

Am 3. Tage steige in den Wäscheschrank, für jedes Stück sagen wir herzlich Dank.

Am 4. Tage nimm dir etwas Ruh, mach Flecken aus und stoppe Löcher zu.

Zur Sammelstelle trage alles hin am 5. Tage, dann bist du frei und ledig aller Kleiderplage.

Hast in der Kleiderwoche du genügt der Nächstenliebe Pflicht, dann fürchten wir des Winters Frost und Kälte nicht.

NHK.

Wegen Holzdielestahls und täglicher Beamtenbeleidigung hatten sich drei Geschwister, der 24jährige Josef Borcik, dessen 34jähriger Bruder Felix und die 37jährige Stanisława B. vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Am 28. August d. J. hatten die Angeklagten im Wilde der Förmerei Kaltwasser Holz entwendet. Auf dem Nachhauseweg trafen sie den Forstpraktikanten Alfred Koździański, der sie aufforderte, das Holz herauszugeben, worauf diese jedoch nicht reagierten, sondern dem Beamten, als dieser das Holz und die Art gewaltsam fortnehmen wollte. Widerstand entgegenseitig. Das Gericht verurteilte die beiden Brüder zu je zwei Monaten Arrest mit dreijährigem Strafausschub. Stanisława B. wurde zu 50 Zloty Geldstrafe oder 10 Tagen Haft verurteilt.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

M. G. B. Liebertafel. Heute, Dienstag, Singen bei Kleinert. — Der Vorstand.



Warum wollen Sie bis 20% mehr Strom für die gleiche Lichtmenge verbrauchen?

Sie sind doch sonst auch kein Verschwender! Nicht darauf kommt es an, beim Einkauf einer Glühlampe einige Pfennige zu sparen, sondern eine Lampe zu kaufen, die im Betriebe billiges Licht gibt. Die neuen Osram-D-Lampen mit der attestierten Lichtleistung sind wirkliche Record-Lampen, die billiges Licht geben, also Ihren Geldbeutel schonen. Verlangen Sie ausdrücklich Osram-D-Lampen, dann haben Sie billiges Licht.

OSRAM

Johann Wiśniewski, indem er sich an einer Türklinke im Hause Friedenstraße 2 erhängte, und die 22jährige Felicia Kubicka, die sich in ihrer Wohnung fr. Bergstraße 2 mit Leuchtgas vergiftete.

Bei der Firma Kocent und Goździewicz in Maliszewice wurde dem 21jährigen Arbeiter Antoni Mertl aus Biegazi durch ein herabfallendes Rohr ein Bein gebrochen.

Infolge eigenen Verschuldens erlitt der Radfahrer Peter Jaszkiewicz bei einem Zusammenstoß mit einem Kraftwagen in der fr. Ritterstraße schwere Verletzungen.

Bei Posen, 5. November. Eine große Überschwemmung entstand gestern im fr. Kaiser-Ring durch den Bruch eines Wasserrohrs, der ein 2 Meter langes und breites und 2½ Meter tiefes Loch verursachte, aus dem das Wasser im großen Strahl emporprang. Der Feuerwehr gelang es zusammen mit der Technischen Bereitschaft des Wasserbaubamtes, den Schaden zu beseitigen.

Kleine Rundschau.

Schwarzmann deutscher Kunstmalermeister.

Zwei Tage währt in Dortmund der Kampf um die deutsche Meisterschaft im Geräteturnen. Der junge Fürther Soldat Schwarzmüller, der Kampfspielsieger im Zwölfkampf, gewann diesen großen Wettkampf der 100 besten deutschen Turner, deren Leistungen eine überaus eindrucksvolle Show glänzendster Turnkunst waren. Als Zweiter placierte sich der Frankfurter Ernst Winter, der Weltmeister am Reck. Seine Spezialübung war einer der Höhepunkte dieser beiden Tage.

Der Länderboxkampf Deutschland-Polen.

Essen, 6. November. (PAT) Am 24. d. J. findet in Essen der Länderboxkampf Deutschland-Polen statt, mit dessen Durchführung der Essener Polizei-Sportklub beauftragt worden ist. Die Veranstaltung wird in der Ausstellungshalle in der Stadt Essen, die 10.000 Zuschauer aufzunehmen vermögen, durchgeführt werden. Zum Ringrichter wurde der Holländer Bergstrom bestimmt. Der Deutsche Rundfunk wird eine Reportage über alle deutschen Sender verbreiten. Der Reingewinn der Veranstaltung ist für das Deutsche Winterhilfswerk bestimmt.

In Hannover haben die Boxer der "Warta"-Posen eine Niederlage durch "Heron-Eintracht" erlitten; sie wurden 11:5 geschlagen.

Bergrutschunglück auf Sizilien.

Infolge eines Wollsenbruches lösten sich von dem Hügel bei dem Dorfe Bordenaro in der Nähe von Messina große Erdmassen, die ein an dem Hügel liegendes Haus zum Einsturz brachten. Zur Hilfeleistung wurde die Feuerwehr aus Messina herangezogen. Bisher wurden von den 18 in dem Haus befindlichen Personen lediglich zwei als Leichen geborgen.

Unwetter auch über Formosa.

Wie halbamtlich aus Tokio mitgeteilt wird, hat ein Unwetter, das in Japan wütete, auch die Insel Formosa berührt. Der Hafen Tamsui wurde beschädigt. Nach den bisherigen Mitteilungen wurden in Tamsui und einem Nachbarort 120 Personen durch den Tsunami getötet. Eine Anzahl dieser Opfer befand sich beim Fischfang auf See.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 6. November 1934.

Kratau + 2,39 (- 2,20), Jawischost + 1,74 (+ 1,34), Warischau + 1,30 (+ 1,31), Bloch + 0,84 (+ 0,87), Thorn + 0,89 (+ 0,90), Gordon + 0,95 (+ 0,97), Culm + 0,78 (+ 0,80), Graudenz + 0,96 (+ 0,98), Kurzefrat + 1,14 (+ 1,15), Viezel + 0,38 (+ 0,40), Dirichau + 0,36 (+ 0,38), Einlage + 2,40 (+ 1,40), Schierewhorst + 2,48 (+ 1,68). (In Klammern die Meldung des Vorjahrs.)

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Sirósi; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heyke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Oltmann & C. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage "Der Hausfreund".

Privatklinik Dr. Król
Bydgoszcz, Plac Wolności 11 :: Telefon 1910
a) Innere und Nerven-Abteilung
b) Chirurgisch-gynäkologische und Geburts-
hilfliche Abteilung
Röntgen-Institut, Elektrotherapie (Dia-
thermie — Höhensonne — Sollux usw.)
Medizinische Bäder etc.
7406

Pelze

Winterpreise
1934/35

Persianer, gr. Auswahl zt 550.—
Persianerklaue, garant., 350.—
Seal, sehr schön,
mit Seidenfutter, 250.—
Fohlen mit Skunkskragen, 200.—
Genolen, sehr praktisch, 175.—

Große Auswahl

in Fellen, Innenfutter, Otter,
Pelzfutter in Bisam, Rücken
und Wamme.

Mit Rücksicht auf die hohe Qualität
der Ware erhöhen wir die schriftliche
Garantie auf 3 und 2 Jahre. Unent-
geltliche Aufbewahrung der Pelze.

Kredite

für staatliche und kommunale Beamte,
Lehrer, Eisenbahner, Postbeamte, An-
gestellte der Bank Polski und der
Bank Gospodarstwo Krajowego ohne
Anzahlung.

Rapaport Bydgoszcz
Dworcowa 33.

Graue Haare? gibt es
Haarausfall? nicht
Schuppen

gebrauchen Sie

Balsam-Mag Nr. I besiegt
Schuppen
und verhindert Haarausfall

Balsam-Mag Nr. II gibt ergrautem
Haar die ursprüngliche Farbe wieder.
Preis 3.— zt 7432
Ueberall zu haben!

Polstermöbel

in gediegener, moderner und
solider Ausführung, in eigenen
Werkstätten von erstklassigem
Fachpersonal hergestellt, offer-
nieren zu denkbar niedrigsten
Preisen.

Gebrüder Tews
Möbelausstattungshaus
Telefon 84 Toruń Mostowa 30.

Frühbeetfenster verglaste u.
unverglaste
Gewächshäuser, sowie Gartenglas
Glaserkitt u. Glaserdiamanten liefern
A. Heher, Grudziądz, Telefon 486.
Frühbeetfensterafabrik. Preislisten gratis.

In unserem Verlage erscheint demnächst:

**„Die Entschuldung
der Landwirtschaft“**

enthaltend: Die Verordnung des Präsidenten
der Republik vom 24. Oktober 1934 über die
Konversion und Ordnung der landwirtschaftlichen
Schulden (Dz. Ust. Pol. 841) und das
Gesetz vom 28. März 1933 über die Schieds-
ämter für die Vermögensangelegenheit der
Besitzer von Landwirtschaften (Dz. Ust. Pol.
253) in der Fassung der vorher genannten
Verordnung, überlegt und mit Anmerkungen
versehen, sowie eine Übersicht über die
wichtigsten Bestimmungen bearbeitet von
Rechtsanwalt W. Spiker, Bromberg.

A. Dittmann, T. z. o. p.,
Buchdruckerei und Verlag, Bromberg.

Trommelhäufelmaschinen

„VISTULA“

für Kraftbetrieb, feststehend und
fahrbar, mit und ohne Gebläse,
fabrizieren als langjährige Spe-
zialität in verschiedenen Größen
und solider Ausführung

A. P. Muscate, Sp. z o. v.
Maschinenfabrik
Tczew.

7454

Beobachtungen - Ermittlungen

erfolgreiche (in Hunderten von Prozessen)
SPEZIAL-AUSKÜNTE
(über Vorleben, Ruf, Führung, Umgang,
Binkünfte usw.) zuverlässig bei mäßigen
Gebühren durch das langjährig bekannte
Ermittlungs-Institut „Welt-Detektiv“
Auskunftsleiter Preiß, Berlin W. 61, Tautenzienstraße 5.

Sur Herbstpflanzung

liefer aus sehr großen Beständen, in ganz erstklassiger Ware und niedrigen Preisen nach jeder Post- und Bahnhofstation sämtliche Baumschulenartikel wie: Obst- und Alleeäume Frucht-, Ziersträucher — Pfirsich, Aprikosen, Busch- und Stammrosen — Koniferen, Hedernpflanzen, Stauden etc.

Aug. Hoffmann, Gniezno — Telefon 212
Baumschulen und Rosen-Großkulturen
Sorten- und Preisverzeichnis in poln. u. deutsch auf Verlangen gratis.

Durch Fachleute erprob-

**Mittel gegen Benagen der Schönungen
durch's Wild**
empfohlen

Chemiczna Fabryka „Hermes“ St. Filipowski
Poznań, ul. Staro-ecka 40. Tel. 3550.

FLIESEN

weiß und farbig glasiert für Wandbeläge,
Steinzeugfußbodenplatten

liefer mit lachmännischer Ausführung

Feliks Pietraszewski,
Bydgoszcz, Reja 4. Tel. 2229. 3512

KAMCZATKA Dworcowa 42. Tel. 17-47
die bekannte Warszauer
Kürschnerswerkstatt führt alle einchl. Kürschners-
arbeiten sachfund., solide u. billig aus. Rummel-
felle z. Gerben u. Färben an. Dworcowa 42.

**Kohlen - Koks
Briketts - Holz**
liefer in jeder Menge

Andrzej Burzyński,
Bydgoszcz, Sienkiewicza 34. Telefon 206.

Poln. Konversation.

Grammatik, Literatur,
Idioll — leicht — billig

6429 Gdańsk 129/2.

Sehr guter, billiger

Klavier-Unterricht

Akademie 19 Wg. 6.

Büro

— seit 24 Jahren —

Poznań, Cieszkowskiego 8.

Beobachtungen

Auskünfte

Ermittelungen.

wohnt der billige

Uhrmacher

und Goldarbeiter.

Pomorska 25,

Erich Lutzat.

Radio-Anlagen billig

W o ?

wohnt der billige

Uhrmacher

und Goldarbeiter.

Pomorska 25,

Erich Lutzat.

Radio-Anlagen billig

Detektiv-, Greif,

— seit 24 Jahren —

Poznań, Cieszkowskiego 8.

Beobachtungen

Auskünfte

Ermittelungen.

Blondine

Waile, 7000 Reichs-

molk, 23 ev. wünscht
glückl. Heirat. Staben,

Berlin, Stolpischetr.

Für meine Schwägerin,

Landwirtsc̄hter

30 J., ev. blond, voll-

schlank, gut. Aussehen

wirtschaftlich. Kinder-

lieb, auch ich einen

Lebensgefährten

in gesicherter Stellung.

Ergenem. Zeitschrif. m.

„Deutsche Rundschau“

Brennerei-Berwalter

verheir., 46 J., alt, 26 J.

im Fach, mit sämtlichen

Nebenbetrieb. d. Bren-

nerei u. Landwirtschaft

gut bewand. d. deutsch.

u. poln. Spr. in Wort u.

Schr. mächtig. Brenn-

reicht vorhanden, sucht

Stellung.

J. Malinowski,

Brennerei-Berwalter

Niemiecka n. D.,

Ololina 39.

Rapitalanlage

von DG 650.— an

für Leute in jeder

Lebenslage. Sehr hohe

Rentabilität gesichert

Obne jegliches Risiko

Angebote unt. 3. 7455

a. d. Geschäftsstelle der

Marzawka 5, Wg. 8. 1 Deutsch. Rundsch. erb.

Gefucht zum 1. 12. 1934
unverheirat. evang.

Hilfsförster

mit Abschlussprüfung.

Jagd- u. Waffenchein

für Wald und Feld

poln.-deutsch erforder.

ebenso evgl. unverh.

Schäfer

als alleiniger für 300-

Mutter- und Klassen-

herde. Geh.-Förderg.

Zeugnisse, Referenzen

Angabetc. unt. h. 7503

an die Geschäft. d. Ztg.

Suchen für unjer

Kaffee - Spezial- und

Lebensmittel - Geschäft

eine branchenkundige

gewan. te 7526

Bertäuerin

gleich 1 Lehrling.

Menz & Neubauer,

Grudziądz, Wybickiego 1.

Erfahrener, erfolgreicher

Landwirt

übernimmt Administration grös. Gutes.

Raum, l. gestellt werden. Befähigung wird

nachgew. Ang. u. 8. 7508 a. d. Gesch. d. Ztg.

7532

Beobachtungen - Ermittlungen

erfolgreiche (in Hunderten von Prozessen)

SPEZIAL-AUSKÜNTE

(über Vorleben, Ruf, Führung, Umgang,

Binkünfte usw.) zuverlässig bei mäßigen

Gebühren durch das langjährig bekannte

Ermittlungs-Institut „Welt-Detektiv“

Auskunftsleiter Preiß, Berlin W. 61, Tautenzienstraße 5.

7454

Gefucht zum 1. 12. 1934
unverheirat. evang.

Stellengesuche

Landwirt

30 Jahre alt, evgl.

beh. Polnisch in Wort

Bromberg, Mittwoch, den 7. November 1934.

Pommerellen.

6. November.

Graudenz (Grudziądz)

Der Haus- und Grundbesitzer-Verein

hielt im „Goldenen Löwen“ seine Hauptversammlung ab, die sowohl von Mitgliedern wie auch Gästen sehr gut besucht war. Die Leitung hatte in Verhinderung beider Vorsitzenden, Schriftführer Adolf Schulz. Zunächst erstattete ein Graudenzer Delegierter Bericht über die am 1. Juli d. J. in Warschau stattgefunden Tagung des polnischen Hausbesitzerverbandes. Als wesentliches Ergebnis der Beratungen sind u. a. folgende Forderungen zu nennen: Es wird gebeten, bei Hausbesitzern mit arbeitslosen, nicht zahlenden Mietern die Gebäudesteuer niederschlagen oder herabzusetzen, ebenso die Lokalsteuer bei nicht vermieteten oder sonstwie leeren Wohnungen. Weiter wird um schnellere Erledigung aller Berufungen; um Herabsetzung der Lokalsteuer für alle Wohnungen auf höchstens 8 Prozent; um Erhebung der Stempelgebühr für Mietkontrakte nur auf 1 Jahr; um Legung der Arbeitslosenlasten auf breitere Schichten; um stufenweise Aufhebung des Mieterschutzgesetzes mindestens dort, wo schon genügend Wohnungen vorhanden sind, bzw. wo die Mieter gewillig auf neue Kontrakte eingehen; um ein Moratorium auch für die städtischen Hypotheken; um Belebung aller Gerichtsverfahren in Mietssachen; um eine Verfügung dahingehend, daß die Gebühren für Wasser, Kanalisationen usw. nicht als Einnahmequelle betrachtet werden sollen; daß, ebenso wie für die Landwirtschaft, auch für städtische finanzielle Verbindlichkeiten Schlüchtungsämter eingerichtet werden; daß die Zwangskehrbezirke aufgehoben werden.

Versammlungsleiter Schulz dankte dem Referenten, der dann noch als bezeichnende Tatsache anführte, daß von 117 Hausbesitzern, die der Graudenzer Stadtkasse hypothekarisch verschuldet sind, 21 mit mehr als einjährigen Binsen im Rückstand seien, und daß überhaupt mehr als 25 Prozent dieser Hausbesitzer nicht mehr in stande seien, ihre Hypothekenzinsen zu zahlen, und ihnen daher Zwangsversteigerung drohe. Vor 1/4 Jahr habe die Kasse noch 9 1/4 Prozent Binsen für die Hypotheken erhoben, und sei jetzt endlich auf den, aber noch immer nicht genügenden Satz von 8 Prozent herabgegangen.

Über die neue Steuerordnung, die am 1. Oktober d. J. in Kraft trat, sprach sodann in ausführlicher Weise Finanzrat a. D. Schulz. Als wesentlich hob er hervor, daß für die Festlegung der Gebäudesteuer bei Wohnungen, die dem Mieterschutzgesetz unterliegen, die vorjährigen Mieten maßgebend sind. Falls diese weniger als die von 1914 betragen (umgerechnet nach dem bekannten Satze in Słoty), so sind die niedrigeren Mieten richtunggebend. Bei Wohnungen über 4 Zimmer, Geschäfts-, Gewerbehöfen usw., wo schriftliche, besondere Verträge zulässig sind, kommt, wenn die Miete höher als 1914 ist, diese höhere Miete zur Berechnung. Referent empfahl die genauen Mietfeststellungen, sowie dort, wo schriftlicher Vertrag zulässig, den Abschluß eines solchen, zumal der Finanzminister angeordnet hat, die Stempelgebühr nur für 1 Jahr erhoben, und der Rest bestandet wird. Schriftliche Kontrakte empfehlen sich auch deshalb, weil bei solchen eine Mietserhöhung durch die Einigungsämter nicht erfolgen kann. Die Einstellungskommission hebt das Gesetz auf; die Berufungskommissionen bestehen weiter, durch Berufungen wird aber, wie bisher, die Zahlung nicht aufgehoben. Zu ungünsten der Zahler sind Änderungen der Steuerzahlungstermine eingeführt worden, und zwar deren Vorverlegungen; z. B. ist die 4. Rate der Gebäudesteuer bereits bis 31. Januar, die 1. Rate bis 30. April, die 1. Rate der Lokalsteuer im April, der Vorschuß der Einkommensteuer bis 1. März fällig. Steuererklärungen von Hausbesitzern, falls Einkommen nur aus Hausbesitz vorliegt, brauchen erst von solchen mit mehr als 20 Ziimmern abzugeben zu werden; der Referent rät aber aus allen Gründen zur Abgabe solcher Erklärungen in allen Fällen. Bei Bücherführung muß übrigens die Erklärung erfolgen. Redner legt weiter die Änderungen im Beranlagungs-, Zustellungs- usw. verfahren dar. So besteht das Recht, Normen (bis 40 Prozent des Bruttoeinkommens) festzulegen. Sache der Steuerzahler ist es, darauf zu halten, daß die Normen nicht zu hoch werden. Entscheidungen des Finanzamtes können auch mündlich erteilt werden, jedoch nur mit Einverständnis der Steuerzahler. Ein Steuerzahler muß nach wie vor zugestellt werden. Das Vertretungsrecht kann nur mit schriftlicher Vollmacht ausgeübt werden. Falls sie nicht von einem Rechtsanwalt ausgestellt ist, kann eine Beglaubigung verlangt werden. Bis 15. Januar haben die Hausbesitzer eine, nicht weniger als 21 Minuten enthaltende Liste (über Räume, Mietshöhe, Personen, die dort gewohnt haben, in Besitz befindliche Baupläne usw.) auszufüllen. Das Formular gibt das Finanzamt umsonst ab. Diese Formularausfüllung ist sehr wichtig, weil davon die Höhe der Steuern beeinflusst wird. Auch den Mietern erwächst gewisse Formularausfüllungsarbeit. Weiter führt das Gesetz eine gewisse Auskunftspliktheit der Finanzinstitute ein, Banken, Sparkassen) über Spareinlagen und Depositen ein, allerdings nur in Ausnahmefällen, und wenn es der Minister erlaubt. Immerhin ist dies aber ein recht bedeutungsvoller Punkt. Änderungen der Mieten oder der Lokaleinrichtungen (z. B. bei Wohnungsverkleinerungen) sind die Hausbesitzer anzugeben verpflichtet. Jeder ist verpflichtet, vor dem Finanzamt auszusagen; Befindungen, durch die man sich einer Strafverfolgung aussehen würde, brauchen indes nicht gemacht zu werden. Für gehabte Kosten bei Vernehmungen steht das Gesetz eine Entschädigung fest, die freilich ausdrücklich gefordert werden muß. Zeugen können vor Gericht vereidigt werden. Das Finanzamt ist verpflichtet, Einwände von Steuerpflichtigen schriftlich niedezulegen. Es kann Lokalrevisionen vornehmen, solche von Privatwohnungen aber nur mit Genehmigung des Inhabers. Wer Forderungen an den Staat hat, kann sie auf die Steuern anrechnen. In Streitfällen bis 300 Złoty kann das Finanzamt selbständig entscheiden. In Berufungsfällen kann, falls die Finanzbehörde das nötige Material verlangt, auch unter Umständen die Steuer erhöht werden;

es ist somit große Vorsicht nötig, wenn man Berufung einlegt. Rechnungsfehler in Steuererklärungen können jederzeit berichtigt werden. Zuviel gezahlte Steuern werden mit 4 Prozent verzinst. Bei Neuerwerbungen haftet der Käufer für rückständige Steuern, bei Zwangsversteigerungen gilt das nur bis zur Dauer von zwei Jahren. Bestellungen hat der Steuerzahler selbst mit dem Datum zu versehen. Zum Schlüsse führte Referent die im Gesetz angedrohten Ordnungs- und sonstigen Strafen an (z. B. bei Hinterziehungen bis 6 Monate Gefängnis und das Vielfache der Steuern), teilte die Verlängerung des Hypotheken-Moratoriums bis 1. Oktober 1935 mit und gab noch einige von der hiesigen Izba Skarbowa eingeführten Erleichterungen bei der Zwangseinziehung bekannt, z. B., daß nicht sämtliche Mieten gepfändet werden sollen, wenn Einkommen nur aus Hausbesitz vorhanden ist, daß auf den Quittungen genau anzugeben ist, für welche Steuern die Pfändung erfolgt usw. Vorsitzender Schulz sprach dem Vortragenden für seine instruktiven Ausführungen Dank aus.

Der neue Kassierer, Herr Romey, gab darauf den Kassenbericht, der ein nicht ungünstiges Bild entwirft. Weiter teilte er ein von ihm verfasstes Rundschreiben an die Mitglieder mit, worin Nutzen und Vorteile des Vereins für die ihm Angehörigen dargelegt werden. — Zur Sprache kam noch die Frage des eventuellen Wiederaufschlusses des Vereins an den Wirtschaftsverband städtischer Berufe, die aus der Mitte der Versammlungen aufgeworfen wurde. Dabei wurde vom Vorstandsstiche betont, daß keinerlei Aversion gegen den in Rede stehenden Verband vorliege, man im Gegenteil mit ihm gern Hand in Hand arbeiten wolle. Des weiteren kam die Sache der neuen Gasgebühren zur Diskussion. Es wurde darüber, mit vollem Recht, Klage geführt, daß der jetzige Tarif alte, langjährige Bezieher zugunsten von neuen Gasconsumenten, denen besondere Gebührenermäßigungen bewilligt wurden, fühlbar benachteilige, und eine diesbezügliche Eingabe an die Stadtverwaltung gewünscht. Einzelbeschwerden sind übrigens schon von mehreren betroffenen Gasbeziehern an die zuständige Stelle eingereicht worden. Eine positive Beschlusffassung erfolgte nicht, da man erst den Bescheid auf die Reklamationen abwarten will. Damit endete die sehr angeregte Versammlung.

Die Kleiderwoche ist da!

Sie ist eine einmalige Sammlung von alten Sachen. Einmal kann jeder noch etwas geben. Gibt jeder ein Stück, wird der Bedarf für den ganzen Winter gedeckt.

Spendet Kleidungsstücke!

Kommunisten-Prozeß in Graudenz.

Seit Mittwoch voriger Woche wurde hier selbst vor dem Bezirksgericht gegen sechs Personen verhandelt, die beschuldigt waren, als Mitglieder der Kommunistischen Partei in den Jahren 1933 und 1934 in Graudenz sowie in den Kreisen Graudenz und Schwedt eine antistaatliche Tätigkeit entfaltet zu haben. Es waren dies der 29-jährige Arbeiter Stanisław Rydzik aus Sośnówka, der 26-jährige Piotr Mościcki, der 39-jährige Arbeiter Grzegorz Misiewicz, der 28-jährige Franciszek Filipski sowie Reinhold Pełkowski. 29 Zeugen und zwei als Sachverständige hinzugezogene Ärzte waren zur Verhandlung geladen.

Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, hatte eine dreitägige Dauer. Sonnabend nachmittag 1 Uhr erfolgte die öffentliche Urteilsverkündung. Das Urteil lautet gegen den Hauptangeklagten Rydzik auf 4 Jahre 4 Monate, gegen seine rücksichtigsten Gefolgen Mościcki und Misiewicz auf 2 Jahre, gegen Pełkowski auf 2 Jahre, gegen Filipski auf 8 Monate Gefängnis. Allen vier Angeklagten sprach das Gericht die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren ab, rechnete ihnen aber die Untersuchungshaft seit dem 15. März d. J. an. Die Angeklagten Filipski und Pełkowski wurden mangels genügenden Beweismaterials freigesprochen.

× Zur Frage der Einführung der Gewerbeplatente für das Jahr 1935 gibt die hiesige Izba Skarbowa bekannt, daß die Patente seit dem 2. d. M. bereits ausgegeben werden. Die Erteilung erfolgt täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, auf Grund der vorschristsmäßig ausgesetzten Deklarationen in den Kassen der Finanzämter (Urząd Skarbowa). Deklarationsformulare sind in diesen Ämtern unentgeltlich zu haben; ebendaselbst werden alle nötigen Hinweise und Auskünfte gegeben. Die Patente müssen bis zum 31. Dezember 1934 geübt sein. Um Übermäßigen Andrang an den Kassen der Finanzämter zu verhindern, wird empfohlen, die Patente möglichst zeitig einzulösen, diese Erledigung somit nicht auf die letzten Tage zu verschieben.

× In der Quartalsversammlung der Friseur- und Perückenmacher-Union wurde u. a. auch die Angelegenheit des Preistarifs besprochen, der mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Lage erneut eine gewisse Ermäßigung erfuhr. Über steuerliche Angelegenheiten, speziell über das Ergebnis einer mit dem Urząd Skarbowa gehabten Befreiung, wurde berichtet, und zum Schlusse das Mitglied Wrzozowski in Anerkennung seiner Verdienste um das Wohl des Friseurberufs mit einem Abzeichen dekoriert.

× Bei Verkehrsunfällen. Vom Chauffeur Paul Szadowski aus Danzig-Oliva wurde der Polizei Meldung erstattet dahin, daß er am 2. d. M., 12 Uhr mittags, in der Lindenstraße (Regionów) das 4jährige Töchterchen von Konstantyn Piatkowski, wohnhaft in der gleichen Straße im Hause Nr. 37, angefahren habe. Dabei habe das Kind einen Bruch des rechten Beines oberhalb des Knies erlitten. Die Schuldfalle falle dem kleinen Mädchen selbst zu. Von der Polizei wird die Angelegenheit weiter untersucht. — In der Tourbiestraße (Kosciuszki) wurde die fünfjährige

Tochter von Bolesław Lewiński, ebendaselbst Nr. 5 wohnhaft, auf dem Bürgersteig (1) von einem Radler namens Maślicki angefahren; und in der Lindenstraße (Regionów) stieß Josef Lac aus Szczepanek (Szczepanki), Kreis Graudenz, mit seinem Gefährt mit zwei Radfahrern zusammen. Beide Fälle verliefen zum Glück ohne nennenswerte Verletzungen oder sachliche Beschädigungen. — Ecke Getreidemarkt (Plac 2-go Stycznia) und Börgenstraße drohte Nr. 25 zusammen. Auch diese Karambolage verlief ohne Verwundungen von Menschen; lediglich das Auto trug eine leichtere Beschädigung davon.

× Von einem Thorner Auto angefahren wurde in Ober-Gruppe (Góra Grupa) bei Graudenz ein achtjähriges Mädchen mit Namen Eugenia Stelmach, das bei dem Unfall nicht unerhebliche Verletzungen erlitt. Nur dem Umstände, daß der Chauffeur des Kraftwagens sich im letzten Augenblick noch zu orientieren vermochte, ist es zu verdanken, daß das Kind dem sonst unvermeidlichen Tode entgehen konnte.

Thorn (Toruń)

× Von der Weichsel. Montag früh zeigte der Thorner Pegel einen Wasserstand von 0,90 Meter über Normal an. — Auf der Fahrt von der Hauptstadt nach Dirschau bzw. Danzig passierten die Personen- und Güterdampfer „Leonora“ und „Goniec“ bzw. „Sowiński“ und „Mars“, auf dem Wege von Danzig bzw. Dirschau nach Warschau „Witez“ und „Jagiello“ bzw. „Fredro“ und „Mickiewicz“. Eintraten der Schlepper „Wiśla“ mit einem Kahn mit Getreide aus Włocławek und Schlepper „Bawaria“ mit zwei leeren Rähnen aus Bromberg. Es ließen aus Schlepper „Batory“ nach Warschau und Schlepper „Bawaria“ mit einem Kahn mit Getreide nach Bromberg.

× Infolge einer fehlerhaften Schornsteinkonstruktion entstand Sonnabend abend gegen 10 Uhr im Hause Culmer Chaussee (Szosa Chełmińska) 53/55 ein kleiner Brand, der in kurzer Zeit durch die Feuerwehr gelöscht werden konnte. Das Feuer verursachte keinen größeren Schaden.

× Eine unbekannte Frau warf Sonntag abend auf dem Stadtbahnhof (Toruń-Miasto) aus einem Fenster des Personenzuges Nr. 529 ein Paket, das Herrenkleidung enthielt. Weil die Sachen vermutlich aus einem Diebstahl herührten, wurden sie in das Kommissariat in der Wallstraße (ul. Wali) geschafft, wo sie beschlagnahmt werden können.

× Neben sechs kleineren Diebstählen, von denen drei aufgeklärt werden konnten, meldet der Polizeibericht je eine Anzeige wegen Unterstechung, nächtlicher Ruhestörung und Sachbeschädigung. Außerdem erfolgten fünf Protokollaufnahmen wegen Übertretung der polizeilichen Verwaltungsvorschriften sowie eine Protokollaufnahme wegen Verstoßes gegen die sanitären Bestimmungen. — Verhaftet wurden vier Personen wegen Widerstandes gegen die Polizeigewalt, zwei Personen wegen unbefugten Betretens der Eisenbahnanlagen, eine Person zwecks Feststellung der Personalien, zwei diebstahlverdächtige Personen und zwei Personen unter dem Verdacht der Teilnahme an einem Raubüberfall und endlich sechs Trunkenbolde.

× Aus dem Landkreise Thorn, 5. November. Polizeilich gesucht wird eine unmenschliche Mutter, die dieser Tage in Gramschen ihr etwa 4 Wochen altes Kindchen weiblichen Geschlechts an dem Baum des dem Kreisausschuss gehörenden Hauses niedergelegt und sich dann in unbekannter Richtung entfernt.

Gestürgeldiebe stellten dem Hühnerstall des Besitzers Hammermeister aus Ottłoschin einen unverbotenen Besuch ab und entwendeten 30 Hühner. Angehörige der überhandnehmenden Diebstähle leitete die Polizei sofort eine Razzia ein und verhaftete dabei drei Mitglieder einer gut organisierten Diebesbande, die es in der Hauptstadt auf Gedächtnis abgesehen hatte. Zwei weitere Mitglieder der Bande konnten leider entkommen. Einer der Verhafteten stammt aus Alexandrowo und hat erst am 30. v. M. das Gefängnis nach Abschluß einer Strafe wegen Diebstahls verlassen. Im weiteren Verlauf der Razzia entdeckte die Polizei fünfzehn in einer Holzung bei Czernewitz versteckte Hühner, die aus dem Hühnerstall des Geschädigten stammten. Weitere Ermittlungen sind im Gange.

Graudenz.

Deutsche Bühne Grudziądz, Sonntag, den 11. November 1934, 15 Uhr, im Gemeindehaus

2. Gemeinschafts-Berstellung der Deutschen Bühne

„U. B. 116“

Schauspiel in 3 Akten von Karl Verbs.

Preise auf allen Plätzen einschl. Garderobe

nur 45 Gr.

E. Hausschneiderin
arb. Damengard. An-
habezeitl. u. w. für 1,75
täglich. O. u. 7490 a. d.
Geschäftsstelle Ariele.

Zur Führ. ein. II. Haus-
halts u. leicht. Pflege e.
ält. Dame w. gebild. u.
zuerst, evgl. Bertrau-
ensversion aufsucht. Off.
u. Nr. 7517 a. d. Gelst.
A. Ariele. Grudziądz.

2-3-Zimmerwohnung,
mögl. Bad, elekt. Lich.
v. ält. dt. alleinst. Ge-
paar von sofort gesucht.
7480 Pieractiego 28, m. 7.

7518

Hotel „Goldner Löwe“.

Donnerstag, 8. November 1934:

Burstessen

Fled * Eisbein.

Evangel. Mädchen vom
Lande, m. Blatt- u. Näh-
fertig., sucht Stellg. v.
1. 12. od. spät. Ang. u.
Nr. 2274 an Ann. - Exp.
Wallis, Toruń. 7620

7620

ch Berent (Roszicyna), 5. November. In der evangelischen Kirche in Berent wurde am Sonntag das Reformationsfest und der 400jährige Gedenktag der Luther-Bibel durch einen feierlichen Gottesdienst begangen, nachdem am Gedenktage selbst eine Andacht abgehalten worden war.

Laut Verordnung des Starosten ist der neue Petropolempreis, für Berent und Schoneck 46 Groschen, für die übrigen Ortschaften des Kreises 48 Groschen pro Liter, in den Verkaufsstellen an sichtbarer Stelle auszuhängen.

Noch rechtzeitig bemerkte im Berenter Schuhhaus ein Feuer, das im Keime erstickt werden konnte. Der Schaden beträgt nur etwa 70 Zloty.

Auf dem Gelde des Gutsbesitzers Radnick in Wentz wurde bei der Rübenernte eine Brüke mit dem städtischen Gewicht von 16 Pfund ausgegraben.

Bei der Treibjagd im Gelände der staatlichen Försterei Sikorzyne erlegten 18 Schützen 38 Hasen, 5 Füchse, 1 Schnecke und 1 Rebhuhn. Jagdtönnig wurde Grenzschubskommissar Pesniak mit 5 Hasen und 1 Fuchs.

v Culmsee (Chelmza), 5. November. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurden u. a. die Protokolle der Revisionskommission zur Kenntnis genommen und der Bau einiger Pumpen in der Arbeitersiedlung auf der Culmer Vorstadt beschlossen.

tz Konitz (Chojuice), 5. November. Am Sonntag abend fand das Preisegeln im Bahnhofshotel sein Ende. 12 wertvolle Preise waren zu gewinnen, außerdem noch jeden Tag ein Tagespreis. 10 Tage lang hatten die besten Segler von Stadt und Umgegend ihr Können gezeigt. Den ersten Preis errang Herr Biemann mit 44 Holz, den zweiten mit 43 Holz Szamotulski, Kalletta, Bafos, Nowacki. Die übrigen Preisträger waren die Herren Max Brzezinski, Zenon Wisniewski, Pawelski, Radziela, Nussbaumer und Glauer. Eine kleine Feier beendete den Wettkampf.

Die Ortsgruppe Konitz des BDK veranstaltete am Sonntag abend im Hotel Engel einen gut besuchten Heimabend. Nach einem Prolog folgte ein Mandolinenkonzert, worauf die Gesangsaufteilung mehrere Lieder zum Vortrag brachte. Herr Friß-Neukirch hielt darauf einen Lichtvortrag über „Das Menschenleben von der Wiege bis zur Bahre“. Gemeinsame Lieder verschönerten den Abend.

Am Allerheiligenstag brach nachts in der Wohnung der Frau Johanna Lindenau in Golthelp ein Schadenfeuer aus. Durch die Glut des brennenden Ofens war eine Holzwand in Brand geraten. Die durch die Rauchentwicklung geweckten Bewohner konnten das Feuer löschen, bevor größerer Schaden entstand.

An den Unrechten kamen zwei Männer, die auf die Miltätigkeit der Konitzer Bürger rechneten. In der Wohnung eines Polizeibeamten erschienen der angebliche Vater Krause aus Gleichen mit seinem Sohn und zeigten Ausweise vom Gemeindevorsteher aus Gleichen vor, daß ihr Grundstück abgebrannt sei, und außerdem eine Erlaubnis des Thörner Wojewodschaftsamtes zu Sammlung freiwilliger Spenden. Die Ausweise waren mit amtlichen Stempeln versehen. Dem Beamten kamen die beiden sonderbar vor, er zog sich schnell im Nebenzimmer seine Uniform an und nahm die beiden Fremden in ein ausgiebiges Verhör. Dabei stellte sich heraus, daß es sich um den 56-jährigen Josef Górska und den 32-jährigen Jan Zafkowski aus Crone handelt, die die Papiere von einem Unbekannten bekommen haben wollten. Der Beamte nahm die beiden sofort fest und führte sie der Polizeibehörde zu.

v Löbau (Lubawa), 5. November. In Grabowow fand die Polizei während einer in der Wohnung des diebstahlverdächtigen Kurt Wessel vorgenommenen Haussuchung zwei Formen und verschiedene andere zur Herstellung von Falschgeld dienende Gerätschaften. Außerdem kamen vier Revolver, sechs Patronen, ein Militärseitengewehr, und eine Reihe verschiedener anderer Gegenstände zum Vorschein, die, wie sich später herausstellte, aus verschiedenen Diebstählen herriühren. Im Laufe der Untersuchung gestand Wessel ein, sich mit der Herstellung von falschen 1- und 5-Zlotystücken befaßt zu haben. Der Falschmünzer wurde verhaftet.

v Landsberg (Wiesbork), 5. November. Laut Bekanntmachung der hiesigen Stadtverwaltung wird der Posten des Bürgermeisters auf 5 Jahre vergeben.

Gück im Unglück hatte ein Pemperiner, als er hier die Hallerstraße passierte. Plötzlich fiel von dem Hause des Kaufmanns Kołkowski ein ziemlich großes Stück Mauerputz herunter und streifte glücklicherweise nur den Hutrand, so daß der Vorübergehende mit dem bloßen Schrecken davonkam.

Eine Missionsfeier fand am vergangenen Sonntag in der Kirche zu Pemperin bei großer Beteiligung statt. Als Redner wirkte ein Missionar aus China, der in ergiebigen Worten, auf Grund seiner 32-jährigen Tätigkeit als Missionar, die Missionsarbeit unter den Heiden schilderte. Zwei Chorlieder trugen zur Verschönerung der Feier bei. Eine gleiche Missionsfeier wurde auch in der Kirche zu Sitno veranstaltet.

Im Rahmen der Veranstaltungen der Deutschen Nothilfe fand am vergangenen Sonntag im Ehrlichen Saale, bei zahlreicher Anteilnahme aus Stadt und Land, ein Märchenabend statt. Herr A. Goede richtete an die zahlreich erschienenen Gäste eine kurze Begrüßungsansprache, worauf Else Hoffmann an Hand von Lichtbildern die Märchen „Notkäppchen“, „Frau Holle“, „Der gestiefelte Kater“, „Bremer Stadtmusikanten“ und andere erzählte, die besonders bei den Kindern, aber auch bei den Erwachsenen große Begeisterung hervorriefen und mit starkem Beifall belohnt wurden. Eine Reihe humorvoller Lieder mit Lautenbegleitung wurde von Lotte Knabe zu Gehör gebracht. Der Neinentrag der Veranstaltung ist zum Besten der Deutschen Nothilfe bestimmt.

x Zempelburg (Sepolno), 5. November. Laut amtlicher Bekanntmachung im Kreisblatt ist unter den Schweinebeständen des Gutsbesitzers Franz von Pockrywnicki in Damerow und des Besitzers Johann Babek in Witum die Rotlauffeue festgestellt worden. Die erforderlichen Sperrmaßregeln sind angeordnet.

Der letzte Wochenmarkt war nur mäßig beschickt. Man notierte: Landbutter 0,90—1,00, Molkereibutter 1,80, Eier 1,20—1,30 die Mandel, Kartoffeln 1,40—1,50 der Zentner, Weizkohl 0,50—0,60 die Mandel. Unverändert waren Fisch- und Geflügelpreise. Auf dem Schweinemarkt kostete das Paar Ferkel 8—10 Zloty.

Wegen Diphtheritis-Erkrankung einiger Kinder in der Volksschule in Obendorf hiesigen Kreises ist die Schule für einige Zeit geschlossen.

Am 18. d. M. findet hier der Martinimarkt, verbunden mit Vieh- und Pferdemarkt, statt.

Der Herr über Gist, Dolch und Bombe.

Bis zu dem unheilvollen Tage des Attentats von Marseille haben nicht allzu viele Menschen in Europa außerhalb des Balkans gewußt, was die J. M. R. O. ist, und was sie für die Politik auf dem Balkan bedeutet. Wenn auch noch nicht alle Fäden aufgedeckt sind, die hin zu den Schüssen von Marseille führen, unterliegt es doch heute keinem Zweifel mehr, daß zum mindesten ein großer Teil der Verschwörerbande sich aus den Kreisen der J. M. R. O. zusammensetzt. Von Georgieff, dem Manne, der die tödbringenden Schüsse auf Alexander und Barthou abgab, steht es einwandfrei fest, daß er der J. M. R. O. angehörte, ja, daß er vor einigen Jahren sogar der Chauffeur des vielgenannten letzten Führers Michailow gewesen ist.

Naturgemäß wurde die Frage aufgeworfen, ob Michailow selbst mittelbar für den Anschlag verantwortlich gemacht werden kann oder nicht. Man wußte lediglich, daß er um die Mitte des Jahres aus Mazedonien in die Türkei geflüchtet war. Näheres über seinen Aufenthalt und seine Tätigkeit war nicht bekannt. Vor einigen Tagen wurde die Meldung verbreitet, daß die türkische Polizei Michailow verhaftet habe, und daß daraufhin Bulgarien und Südslawien Auslieferungsanträge gestellt hätten, um durch seine Vernehmung die letzten Hintergründe des Marschallattentats zu entwirren. Fest hat sich herausgestellt, daß die Meldung in dieser Form falsch ist. Michailow hat die türkische Behörde gewissermaßen um Schutzhaft gebeten, die ihm auch als politischem Flüchtling gewährt wurde. Er befindet sich in einer entlegenen Provinz in Kastamuni, wo er im übrigen persönlich unbefestigt in Freiheit zu leben hofft.

Ob es ihm allerdings gelingen wird, auch für die Zukunft in Sicherheit zu bleiben, ist eine andere Frage. Wegen des Marschallattentates wird ihm dabei weniger Gefahr drohen als aus den eigenen Reihen. Die „Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation“, von der die Abkürzung J. M. R. O. stammt, ist nämlich schon seit langem nicht mehr die nationale Einheitsbewegung, die sie bei ihrer Gründung im Jahre 1893 war. Ihr erstes Ziel, die Befreiung von der türkischen Herrschaft, war nach dem ersten Balkankriege erreicht. Im gleichen Zeitpunkt begann aber auch ihr innerer Zerfall, denn unter dem Einfluß der verschiedenen Führer der bulgarischen, serbischen und griechischen Mazedonier setzte in ihren eigenen Reihen Zwittertum und Feindschaft ein. Als sich die Siegermächte des ersten Balkankrieges über die Teilung Mazedoniens nicht einigen konnten, kam es zum zweiten Balkankrieg, in dem Bulgarien unterlag. Im Balkanfeld Frieden einverlebten Serben und besonders Griechenland die wertvollsten Gebiete Mazedoniens ihren Staaten ein.

Nun änderte die J. M. R. O. ihre Angriffsrichtung.

Da in den an Serbien und Griechenland abgetretenen Gebieten noch viele bulgarisch sprechende Mazedonier lebten, erblickte sie im Anschluß an Bulgarien die Möglichkeit der Befreiung. Sie war es, die im Herbst 1915 den entscheidenden Anstoß zum Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg an der Seite der Mittelmächte gab, weil sie nach einer Besiegung Serbiens die Befreiung der verlorenen Brüder erhoffte. Der Ausgang des Krieges machte allerdings diesen Hoffnungen ein Ende, denn im Frieden von Neuilly mußte Bulgarien Teile von dem mazedonischen Gebiet, das es 1913 erhalten hatte, an Serbien abtreten, so daß sich der Haß der mazedonischen Freiheitskämpfer gegen das neugebildete Jugoslawien verstärkte.

In der Folgezeit verlegte die J. M. R. O. ihren Sitz und ihre Tätigkeit ganz nach Bulgarien, wo sie ein kaum

noch erträgliches Terrorregiment ausübt, sobald sich die bulgarische Regierung ihren Wünschen nicht gefügt sieht. Die „Haupt-Argumente“ der J. M. R. O. waren Dolch, Gist und Bombe. Bei ihrer inneren Uneinigkeit kam es zeitweilig

zu erbitterten Feinden der einzelnen Richtungen untereinander, die meist mit der Ermordung der Führer endete.

Nach der Ermordung des Generals Protoporenko 1928 war Michailow der Führer der J. M. R. O. Er hatte eine besondere Terror-Organisation gegründet, die blindlings seinen Befehlen folgte. Ungezählte Mordtaten, die in die Tausende gehen sollen, kommen auf sein Konto. So natürlich er gegen Andersdenkende vorging, so unachäbig war er auf der anderen Seite gegen Disziplinlosigkeit in den eigenen Reihen. Selbst kleinste Übergriffe oder Dienstfahrläufe bestrafe er mit dem Tode. Außenpolitisch hielt sich Michailow etwas zurück, vielleicht aus dem Grunde, weil er das Ziel der mazedonischen Einheitsbewegung vor den europäischen Mächten nicht in Misstrauen bringen wollte. Nur in einem Punkte war er unachäbig,

in der Frage des Ausgleichs zwischen Bulgarien und Südlawien.

Allen hierauf gerichteten Bemühungen der bulgarischen Regierungen setzte er den heftigsten, von ständigen Terrorattacken begleiteten Widerstand entgegen. Da König Boris schon lange erkannt hatte, daß aus politischen und wirtschaftlichen Gründen eine Aussöhnung mit Jugoslawien erfolgen müßte, begann langsam aber ständig stärker werdend, der Widerstand gegen die J. M. R. O. Schon unter der Regierung Muschanow wurde Michailow zeitweilig interniert, den entscheidenden Schlag führte im Frühjahr dieses Jahres die neue autoritäre Regierung Georgieff, die in die mazedonischen Gebiete Truppen einmarschierten ließ und die gesamte Organisation zerstörte. Außerdem wurden zahlreiche führende Persönlichkeiten verhaftet. Da die mazedonische Bevölkerung keine Hand regte, um der J. M. R. O. zu helfen, sah sich Michailow gezwungen, aus Bulgarien zu fliehen.

Es ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß er seine Sache noch nicht für verloren ansieht. Deshalb wird er aus dem selbst gewählten Exil zweifellos noch manche Intrige in Mazedonien ausüben lassen. Die tatsächliche Macht besteht aber die Bulgarische Regierung, die schon von sich aus sorgen wird, daß die letzten Reste der alten J. M. R. O., die soviel Unruhe und Unheil über Europa gebracht hat, vertrieben werden.

K. F.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 8. November.

Deutschlandsender.

06.35: Konzert. 09.40: Hauswirtschaftlicher Vortrag. 10.15: Volksliedersingen. 10.45: Körper. Erziehung. 11.30: Der Bauer spricht — Der Bauer hört; „Täglich 1000 Bodenproben“ in einer liegenden Bodenuntersuchungsstelle. 12.00: Konzert. 13.00: Stille Täler — stiller Winde (Schallplatten). 13.15: Funkkasperl. 13.40: Hitlerjugend und Buch. 14.00: Konzert. 17.00: Alfred Rosenberg spricht zur „Woche des Buches“. 18.00: Forderung der Zeit an das deutsche Mädchen. 18.20: Urwaldschutzbereich und moderne Forstwirtschaft. 19.00: Ein östliches Ungarnspiel. 20.15: Paul Graener dirigiert die Berliner Philharmoniker. 20.45: Herb dichtet die Aderkrume. . . 21.00: Preisauszeichnen der Reichsschriftstelle. Wer kennt dieses Buch? Bekanntgabe der Preisträger vom 23. Oktober 1934. P. Hartmann liest aus einem der sechs Bücher des Monats Oktober. 22.00: Nachrichten. 23.00—24.00: Nachtmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Konzert. 09.00: Schallplatten. 10.15: Volksliedersingen. 11.00: Kinderfunk. 12.00: Konzert. 13.00: Kinderfunk. 13.15: Kinderfunk. 14.00: Kinderfunk. 15.00: Kinderfunk. 16.00: Kinderfunk. 17.00: Kinderfunk. 18.00: Kinderfunk. 19.00: Kinderfunk. 20.00: Kinderfunk. 21.00: Kinderfunk. 22.00: Kinderfunk.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Konzert. 09.00: Französischer Schulfunk. 11.30: Konzert. 12.50: Gedenkstunde für die gefallenen Freiheitskämpfer der Bewegung vor der Feldherrnhalle. 13.30: Konzert (Schallplatten). 15.10: 800 Jahre Armee der Freiheit. 16.00: Konzert. 17.30: Lieberfunde. 18.25: Jugendfunk. 19.00: Konzert. 21.00: Dazwischen: Gedenkstunde für die gefallenen Freiheitskämpfer der Bewegung vor der Feldherrnhalle. 21.30: Konzert. 22.00: Beitragsbericht vom Treffen der alten Garde im historischen Bürgerbräukeller vom 8. 11. 22.30: Bachs Orgel.

Königsberg-Danzig.

06.35: Konzert. 09.00: Französischer Schulfunk. 11.30: Konzert. 12.50: Gedenkstunde für die gefallenen Freiheitskämpfer der Bewegung vor der Feldherrnhalle. 13.30: Schallplatten. 15.10: 800 Jahre Armee der Freiheit. 16.00: Konzert. 17.30: Lieberfunde. 18.25: Jugendfunk. 19.00: Konzert. 21.00: Dazwischen: Gedenkstunde für die gefallenen Freiheitskämpfer der Bewegung vor der Feldherrnhalle. 21.30: Konzert. 22.00: Beitragsbericht vom Treffen der alten Garde. 22.30: Bachs Orgel.

Leipzig.

06.35: Konzert. 08.20: Schallplatten. 12.00: Konzert. 13.30: Konzert. 15.00: Zwischen Herbst und Winter. 16.00: Konzert. 17.30: Schulter an Schulter. 18.00: St. Hubertus! Die Jagd und der Jagdhund im deutschen Volkslied. 18.30: Gedenkstunde für die gefallenen Freiheitskämpfer der Bewegung vor der Feldherrnhalle. 19.00: Historische und berühmte Märche. 20.15: Stunde der Nation. Alfred Brehm. 21.00: Abendkonzert. 22.30: Beitragsbericht vom Treffen der alten Garde. 22.35: Klavierkonzert. 23.15—24.00: Spätmusik.

Warschau.

06.45: Schallplatten. 12.10: Polnische Musik. Orchester und Chor (Schallplatten). 13.05—13.30: Aus Opern von Gounod (Schallplatten). 13.45: Unterhaltungsmusik. 17.15: Arias und Lieder. 18.30: Frau Kurnatowska. 17.30: Beethoven: Sonate für Klavier und Streichorchester. 18.15: Klaviervortrag. 19.00: Werke für Klavier und Mandoline (Schallplatten). 19.30: Gitta Alpar (Schallplatten). 20.15: Sinfonie-Konzert. 22.40: Werbekonzert. 23.05: Tanzmusik.

Wrocław.

06.45: Konzert. 10.15: Schulfunk. 11.00: Schallplatten. 12.00: Konzert. 13.30: Kinderfunk. 14.45: Bauernfunk. 15.00: Konzert. 16.00: Konzert. 17.30: Robert Johannes. 18.00: Gedenkstunde. 18.30: Konzert. 19.00: Lasset froh uns das Leben genießen!

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Konzert. 10.15: Schulfunk. 11.00: Schallplatten. 12.00: Konzert. 13.30: Kinderfunk. 14.45: Bauernfunk. 15.00: Konzert. 16.00: Konzert. 17.30: Robert Johannes. 18.00: Gedenkstunde. 18.30: Konzert. 19.00: Lasset froh uns das Leben genießen!

Königsberg-Danzig.

06.35: Konzert. 11.05: Zwischen Land und Stadt. 11.30: Konzert. 12.00: Schallplatten. 15.15: Mädelbastelstunde. 16.00: Konzert. 18.45: Konzert. 20.15: Friedrich Schiller. 22.00: Nachrichten. 23.00: Tanzmusik.

Wrocław.

06.45: Schallplatten. 12.10: Unterhaltungsmusik. 13.05—13.30: Lieder- und Klaviervortrag (Schallplatten). 13.45: Neue Schallplatten. 17.30: Dueite für Sopran und Kontraten. 17.15: Konzert. 18.15: Klaviervortrag. 19.00: Musik für Violin mit Klavierbegleitung. 19.30: Beliebte Melodien a. d. „Drei großen Opern“ (Schallplatten). 20.00: Leichte Musik. 21.00: Musical. 24.00: Tanzmusik.

Wrocław.

06.45: Schallplatten. 12.10: Unterhaltungsmusik. 13.05—13.30: Lieder- und Klaviervortrag (Schallplatten). 13.45: Neue Schallplatten. 17.30: Dueite für Sopran und Kontraten. 17.15: Konzert. 18.15: Klaviervortrag. 19.00: Musik für Violin mit Klavierbegleitung. 19.30: Beliebte Melodien a. d. „Drei großen Opern“ (Schallplatten). 20.00: Leichte Musik. 21.00: Musical. 24.00: Tanzmusik.

Wille zur Sachlichkeit.

Von unserem Sonderberichterstatter.)

Das Wien, Ende Oktober 1934.

Im Belvedere, dem wunderschönen Lustschloß des Prinzen Eugen, hat Bundeskanzler Dr. Schuschnigg dieser Tage eine grundlässliche Rede gehalten, in der er den "Willen zur Sachlichkeit" gegen die in der heutigen Zeit überhand nehmende Neigung zur persönlichen Symbolik in Schuß nahm. Diese Haltung des nüchternen Abwägens und der Scheu vor leidenschaftlicher Parteinahme kennzeichnet den neuen Leiter der österreichischen Geschichte und kündigt immerhin einen wesentlichen Kurswechsel gegenüber der Kampffära des in so tragischer Weise ums Leben gekommenen Dr. Dollfuß an. Allerdings ist der graue Alttag in Wien und im ganzen Land noch vollkommen beherrscht von den lärmenden Nachwirkungen des 25. Juli. Der Anblick so vieler Waffenträger in den Straßen, der Gedanke an die Hunderte von jungen Menschen, die in den Unhötelagern oder gar im schweren Kerker sitzen, sofern sie nicht den Tod durch den Strang erleiden mußten, das alles drückt sichtbar auf die Seele. Ein tödliches Misstrauen begleitet die innere Volksgemeinschaft und ebenso auch die Beziehungen zwischen Österreich und dem nationalsozialistischen Reich.

Jeder, der es mit diesem schwer geprüften deutschen Volksteil und mit dem herrlichen Land ehrlich meint, muß den Aufbaubemühungen alles Gute wünschen, die der neue Bundeskanzler und seine zielbewußten Helfer, wie etwa der lebige Generalsekretär der "Vaterländischen Front" Oberst Adam, verfolgen. Da die Rückkehr zum Parlamentarismus und zum schwarz-roten Parteienesen geschlossen und andererseits eine Volksgemeinschaft auf der Spitze der Bajonette sinnlos ist, bemüht sich die Regierung befreiflicherweise in erster Linie um ein neues einigendes Prinzip. Große Hoffnungen werden in diesem Zusammenhang auf den ständischen Gedanken gesetzt.

Von oben gesehen, bedeutet das, daß ein Staatsrat, ein Wirtschaftsrat und ein Kulturrat gebildet worden sind, die zunächst den vorläufigen gesetzgebenden Körper darstellen sollen. Wichtiger vielleicht ist der Gedanke — sozusagen eine Synthese aus Korporativstaat, Nationalsozialismus und päpstlichen Bulle "Quadragesimo anno" —, das arbeitende Volk in einen geschlossenen berufsständischen Zellenbau einzugliedern. Gelingt dieses Werk, so hoffen die Regierenden, auch die noch abseits stehende Arbeiterschaft und die nationale Opposition als staatsbejahende Elemente wiederzufinden. Allerdings wäre das ganze Experiment, genau so wie der Versuch, bei den nationalen Kreisen zum Eintritt in die "Vaterländische Front" zu werben, von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn nicht die Frage der grundätzlichen Zukunftsrichtung vorher geklärt wird. Der Nationalsozialismus ist kein Kulturfeld, sondern eine machtvolle Bewegung der deutschen politischen und sozialen Wiedergeburt. Andererseits erscheint es im Lichte der allgemeinen Bevölkerungsverteilung ganz unmöglich, daß sich in einem kleinen Land wie Österreich der politische Katholizismus in seiner schroffen Form neu formiert. Gewiß ist auch dort den Geistlichen die parteipolitische Betätigung verboten, gewiß hat sich die Christlich-soziale Partei mit Hängen und Bürgern schließlich aufgelöst. Allein die Verhügungen vor einem Übergreifen des Klerikalismus auf das gesamte Staats- und Volksleben liegen tiefer begründet. Denn tatsächlich hatte schon seit Jahren Bundeskanzler Dr. Dollfuß seinen aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus als einen Kampf für Kirche und Christenheit, gegen "nordische Barbarei" und "braunen Bolschewismus" aufgefaßt. Aus diesem bösen Missverständnis ist eine merkwürdige schiese Auffassung vom österreichischen Menschen und seiner besonderen deutschen Mission übrig geblieben, die sich wie ein Nebel vor die von Dr. Schuschnigg gewiß aufrichtig sachliche Verständigung legt.

Österreich als Grenzland ist in keiner Weise zu verwechseln mit einer binnendeutschen Provinz. Doch zeigen die furchtbaren Erfahrungen der jüngsten Zeit zur Genüge, daß es eine österreichische "Unabhängigkeit" von Deutschland oder gar eine österreichische Mission gegen das Reich nicht gibt. Die Wirklichkeit würde sich als eine offene Abhängigkeit vom Ausland, und zwar gerade von den deutschfeindlichen Strömungen in Europa, darstellen und also eine unmittelbare Gefahr für den Frieden bedeuten. Wir sind überzeugt, daß Dr. Schuschnigg den Abgrund, vor dem wir erblickt haben und fest entschlossen ist, keinen Schritt weiter auf verhängnisvollen Wegen zu wandeln. Sowohl bei der Unterredung mit Mussolini in Florenz, wie später im Kreis der Genfer "Garantimächte" hat der neue Bundeskanzler keinen Zweifel darüber gelassen, daß ihm sein österreichisches Deutschland zur größten Vorsicht verpflichtet. Wenn darüber hinaus eine Brücke nach Berlin heute noch nicht gefunden ist, so liegt die Ursache einerseits in der Kürze des seit der Julikrise vergangenen Zeitablaufs, andererseits aber auch in einer gewissen, nicht gerade sachlichen österreichischen Romantik. Von den Legitimisten angefangen, bis weit herein ins Regierungslager und die ihm angehörenden Verbände glaubt man, die Zukunft in irgend einer Weise an das verlorene Habsburger Reich anknüpfen zu müssen.

Im folgenden Bewußtsein der einstigen politischen Größe und der hervorragenden deutsch-kulturellen Leistungen im ganzen Donaugebiet, unterschätzt man die Endgültigkeit der nationalen Revolution seit 1914 auf verhängnisvolle Weise. Natürlich gibt es auch in Budapest Legitimisten, aber zurück zu Österreich wollen auch sie nicht, ganz zu schweigen von den anderen der kleinen Entente. So entsteht der merkwürdige Verdacht, daß beinahe jedermann in Budapest oder Belgrad, ja sogar in Prag Österreich selbstverständlich als ein deutsches Land ansieht, während das amtliche Wien diese Tatsache immer wieder in Anführungszeichen stehen will. Es gibt nun einmal keine Mainline mehr, und ebenso wenig läßt sich eine Restaurierung des übernationalen Habsburger Reiches als mögliche österreichische Aufgabe vorstellen. Das Deutsche Reich, und nur dieses, hat Österreichs Mitarbeit in Mitteleuropa nötig. Deshalb braucht kein österreichischer Staatsmann zu fürchten, daß er in Berlin unterschätzt oder gar verächtlich abgewiesen wird, wenn er vorbehaltlos seine Aufstellung von der Aufgabe des "zweiten deutschen Staates" in Mitteleuropa darlegt. Je sachlicher eine solche kommende Fühlungnahme vor sich gehen wird, desto besser für den deut-schischen Gedanken und für die Festigung der gesamten europäischen Ordnung.

Karl Hans Lody.

Erschossen im Tower zu London am 6. November 1914.

Am 6. November, 20 Jahre nach dem Tage, an dem Karl Hans Lody im Tower zu London vor den Gewehren englischer Soldaten den Kriegstod starb, wird in Lübeck ein Ehrenmal für ihn geweiht, das aus gebranntem Klinker gefertigt, einen gefesselten Ritter mit geschlossenem Visier darstellt und das die Inschrift trägt: "Karl Hans Lody starb für uns am 6. November 1914 im Tower zu London. Denkt daran!"

Lody gehörte zu der Schar jener Namenlosen, die den "Krieg im Dunkeln" führten. Oberleutnant zur See d. R., war es ihm doch nicht bestimmt, auf einem der grauen deutschen Schiffe gegen den Feind zu fahren. Er war seines Gesundheitszustandes wegen nicht kriegsverwendungsfähig. Aber in der Stunde, als England in den Krieg gegen das Deutsche Reich eintrat, war er trotzdem entschlossen, seinem Vaterlande Dienst vor dem Feinde zu leisten. Als die Kriegserklärung erfolgte, war Lody in England. Er war früh schon ins Ausland gegangen, hatte an die 20 Jahre auf Schiffen deutscher Reedereien Dienst getan, vom Schiffsjungen angefangen bis zum Kapitän, und er war zuletzt als Führer von Reisegeellschaften für die Hamburg-Amerika-Linie tätig. Die Briten hatte er überall auf dem Erdball kennen gelernt; es fiel ihm nicht schwer, sich ihren Lebensstil zu eigen zu machen, und die Sprache beherrschte er so gut wie ein eingeborener Angelsachse. Seine Verheiratung mit einer Amerikanerin hatte ihn obendrein noch enger in den angelsächsischen Kulturkreis hineingeführt.

So stand der Entschluß rasch in ihm fest, in England zu bleiben und dort Kundschafterdienste für die deutsche Heeresleitung zu leisten. War es ihm nicht vergönnt, mit der Waffe in der Hand dem Feinde gegenüberzutreten, so wollte er doch unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit und unter Aufbietung aller geistigen Gewandtheit, die ihm eigen war, hinter der Front des Gegners Kriegsdienst für Deutschland tun. Dazu er dabei in jedem Augenblick sein Leben aufs Spiel setzte, genau so, wie der Feldgrau in den Heeressäulen, die sich damals durch Frankreich vorschoben, oder wie unsere Blauen Jungs von der Marine, war ihm natürlich klar. Das hat ihn trotzdem nicht in seiner selbstgewählten Aufgabe beirrt. Der Mann, der im flotten Touristenanzug oder in Gesellschaftskleidung sich frei in England bewegte, der überall Augen und Ohren aussperrte, um zu erfahren, was für die deutsche Heeresleitung wichtig und

ausschlußlich sein konnte, brachte einen Mut auf, der dem des offenen Schlachtenkämpfers nicht nachstand.

Seine Kundschaftertätigkeit war um so wichtiger, als die Engländer bei Kriegsausbruch den ganzen schon in Friedenszeiten aufgebauten deutschen Agenten- und Nachrichtenapparat durch Festnahme aller in ihm Tätigen völlig lahmgelegt hatten. Lody sprang in die Breche, und seine Meldungen, für die er sich mit einer beispiellosen Wendigkeit und Geschicklichkeit die Quellen erschloß, waren für die deutsche Kriegsführung von außerordentlicher Wichtigkeit. Er hat seinerzeit darüber berichtet, daß die britischen Hochseeflotte im Firth of Forth vor den deutschen U-Booten Schutz gesucht hatte. Er unterrichtete die deutsche Heeresleitung von den Abwehrmaßnahmen der Engländer gegen Zeppelinangriffe, und es gelang ihm fast stets, Truppentransporte, die nach dem Kontinent abgingen, rechtzeitig anzusegnen. Als General French eine Reservearmee sammelte, die zur Entlastung der feindlichen Front nach Flandern geschafft werden sollte, hatte Lody das mit allen erforderlichen Einzelheiten ausgekundschaftet und hatte auch den Zeitpunkt, zu dem diese Truppen versenden werden sollten, ermittelt. Die Nachrichten, die er darüber nach Deutschland gab, ermöglichten beizeiten geeignete Abwehrvorkehrungen, so daß die Offensive des General French scheiterte. Vielleicht hat sich in diesem Fall der unmittelbare Nutzen der Kundschaftertätigkeit Lodys am sinnfälligsten erwiesen. Der Siegestag von Langemarck, schmerlich für Deutschland wegen der ungezählten jungen Opfer, die er forderte, war die auf Lodys Meldungen hin vorbereitete Gegenwehr gegen den englischen Vorstoß.

Karl Hans Lody reiste als amerikanischer Tourist in England unter dem Namen Charles A. English. Er ist den Aufpassern schon bald verdächtig vorgekommen und hat sich seiner Verhaftung zunächst nur dadurch entziehen können, daß er im Tone ehrlichster Entrüstung, eben als Amerikaner, wild protestierte. Gegen Ende Oktober 1914 aber ereilte ihn sein Schicksal. Ein Telegramm mit Meldungen über gewisse maritime Maßnahmen der Engländer wurde aufgefangen. Lody wurde in Irland verhaftet und der Ausgang des Prozesses war unvermeidlich: Wegen Kriegsverschwörung wurde er zum Tode verurteilt. Der Spruch ist am 6. November 1914 im Londoner Tower vollstreckt worden, aber es liegen genügend Zeugnisse dafür vor, daß selbst die Engländer diesem mutigen und energischen Manne, der ihnen soviel Schaden zugefügt hatte, den ritterlichen Respekt nicht verweigerten. In dem Briefe, den er wenige Stunden vor seinem Tode schrieb, bekannte er sich noch einmal zum deutschen Vaterlande, für das zu sterben ihm leicht sei.

Der Mann, der zum Mars fliegen wollte. Ein tragisches Erfinderschicksal.

Ein Mann, der zu Anfang des Jahrhunderts im großen Maße die Öffentlichkeit beschäftigte, ist jetzt im Alter von 78 Jahren gestorben. Verbittert und mit ständigen Geldsorgen kämpfend, ist er zuletzt mehr und mehr aus dem öffentlichen Blickfeld verschwunden, in das er vor etlichen Jahrzehnten mit großem Reklameaufwand eingetreten ist.

Hermann Ganswindt verstand es, mit einer fast modern anmutenden Propagandakunst die Aufmerksamkeit des Publikums für sich und seine zahlreichen "Erfindungen" in Anspruch zu nehmen. An den Berliner Anschlagtafeln klebten damals bunte Plakate die ihn in einem phantastisch anmutenden Flugzeug darstellten, mit dem er, mittels Tretkraft und Explosionsmotor, zum Mars fliegen wollte. In den großen Sälen der Reichshauptstadt sprach er vor Hunderten in vielen Versammlungen und wußte zahlreiche Leute für seine Komiteeegründungen zu interessieren. Diese Komitees hatten den Zweck, seine Erfindungen, vor allem seine Flugpläne zu finanzieren, und er war von dem Ertrag seiner Ideen so überzeugt, daß er den Einzahlern eine Rentabilität ihrer Darlehen bis zu 1000 Prozent versprach. Doch die Geldmittel reichten nicht aus; denn die Modelle kosteten riesige Gelder. Nur von seinem Tretmotor, der auch in dem geplanten Flugzeug eine Schraube zur Vorrückbewegung antreiben sollte, wurden mehrere Exemplare hergestellt. Auf einer Tretmotordrosche machte er damals unter dem Gejohle und Geschrei der Zuschauer eine Fahrt durch Berlin. Ein großer Zeitungsunternehmer, der sich für seine Erfindung interessierte und sich auch finanziell beteiligen wollte, war von dem "Erfolg" dieser Probefahrt, an der er als einziger Fahrgäst teilgenommen hatte, so "begeistert", daß er sich zurückzog.

Die Förderung, die Ganswindt von vielen Seiten erhalten hatte, schlug ins Gegenteil um, als die etwas pomposen Versprechungen des Erfinders sich als Phantastereien herausstellten. Er wurde in Untersuchungshaft genommen, aber nach kurzer Zeit wieder in Freiheit gesetzt, weil man ihm einen Betrug nicht nachweisen konnte. Als er bereits im Jahre 1883 ein Patent auf einen lenkbaren Ballon erhalten hatte, prophezeite er, daß er mit diesem "Weltenfahrzeug" zum Mars auffliegen werde. Er versprach sogar, schon in 22 Stunden dort zu landen. Als Treibkraft wollte er, wie heute etwa Raketenflugzeuge, Dynamitexplosionen benutzen. Auch hier hatte er wiederum den Mund zu voll genommen, und die Folge seiner reklamemäßigen Aufmachung der an und für sich guten Gedanken und Erfindungen — die zum Teil erst in neuester Zeit technisch braubar gemacht werden konnten — brachte ihn in einen dauernden Kampf mit allen möglichen Behörden und Gesellschaften.

Er verfaßte Zeitschriften, führte endlose Prozesse und sandte zahlreiche Petitionen an Zeitungen, Behörden und Körperschaften. Da sie meist abschlägig beschieden wurden, verbitterte er mehr und mehr. Sein Leben, das er zurückgezogen in Schöneberg führte, war das eines "unverstandenen Erfinders". Er bastelte in seiner Werkstatt am Mariendorfer Weg in Schöneberg, am Rande des Tempelhofer Feldes, und hatte daselbst eine Ausstellung aller seiner Erfindungen aufgebaut. Wegen seiner zahlreichen Kinder — er hatte 21 Kinder, denen er meist Namen aus der germanischen Mythologie gab — hatte er sein Leben lang mit Geldsorgen zu kämpfen. Nun ist er tot. Das Schicksal ist über ihn hinweggegangen, und es ist seine Tragik, für seine Ideen eine unsihgemäße, unwahrhaft wirkende Reklame getrieben zu haben; Ideen, mit denen er anderen um Jahrzehnte voraus war und deren Vollendung die Neuzeit wenigstens teilweise gebracht hat.

Büchertisch.

Deutsche Reihe.

Die ausgewählte volkstümliche Kulturbücherei in schönen farbigen Geschenkbänden. Jeder Band 80 Pfennig. Eugen Diederichs Verlag. Verführung mit den seelischen Kräften unseres Volksstums, Erziehung besten deutschen Kulturbestandes — dieses Ziel der Deutschen Reihe hat ihr in kürzester Zeit den Zugang zu allen Kreisen des deutschen Volkes geöffnet. In bewußter Auswahl dessen, was für die Gegenwart wertvoll ist, will sie jedem einzelnen ein Mittler zu lebendigem Deutschland sein und den Weg für die geistige Erneuerung der Nation bereiten helfen. Die Reihe wird weitergeführt. Neu erschienen die folgenden Bände:

Paul de Lagarde, Nationale Religion.

Lagarde hat die religiöse Not unserer Zeit vorgeführt. Sein Bekenntnis zu Religion und Volk ist über den Staat hinaus auf das Ewigkeitsausgerichtet. Er verweist den Staat auf seine Grenzen und geht zurück auf eine christliche Frömmigkeit, die in der Offenbarung aus Gottes Geist und im deutschen religiösen Gewissen ihren Ursprung hat.

Volk im Kriege. Gedichte.

Was lang fehlte eine wirklich handliche Sammlung der Lyrik des großen Krieges. Hier wurde alles zusammengetragen, was unvergängliches Gut unseres Volkes zu bleiben verdient und was bei allen Stunden und bei Feiern immer wieder zu mahnendem Gedanken führen wird.

Otto Gmelin, Germanenzug.

Mit dichterischer Sprachgewalt hat Gmelin das Eindringen der Germanen in das Römische Reich zu Beginn der Völkerwanderung gestaltet. Mit urwüchsiger Kraft, erfüllt von der Idee eines neuen Reiches, brechen die Germanen ein in ein morsch gewordenes Reich und beginnen den neuen Abschnitt der Weltgeschichte.

Ernst Moritz Arndt, Die Ewigkeit des Volkes.

Arndts Werk in seiner Bedeutung für das Deutsche steht zu wahren, diese Aufgabe hat Hans Kern vorbildlich gelöst. Das Bändchen bietet eine Sammlung von Gedanken, die berufen sind, von neuem ihre Mission von 1813 zu erfüllen: Völkisches Leben zu vertiefen.

Gustav Neckel, Germanisches Heldentum.

Von heroischer Gestaltung und Tat alter germanischer Helden berichten die Erzählungen dieses Bandes. Der bekannte Germanist hat die Geschichten vom Ende der Romaburg, von geächteten

Streitern zusammengetragen und uns nordische Lebensart und Heldenverehrung wieder nahegebracht.

Hans Leip, Herz im Wind.

Hans Leip zeigt sich in diesem Bande von seiner besten Seite. Es zieht nach See und Salz in den Geschichten von der Wasserfahrt, aus denen uns der Zauber des Meeres und seiner Menschen in reizvoller Unmittelbarkeit entgegnet.

Briefkasten der Redaktion.

W. 100. Eine solche Übereignung ist an sich zulässig, wenn sie notariell beurkundet wird. Aber sie ist in der Regel zweitlos, weil der Hypothekengläubiger seinerseits seine Rechte darauf gestellt machen kann. Denn Inventar und vom Boden nicht getrennte Früchte haften mit für die Hypothek. Die Übereignung des Inventars wäre rechtlich nur wirksam, wenn es vom Grundstück entfernt worden ist, bevor es zugunsten des Hypothekengläubigers beschlagen wurde.

"Königskinder". 1. Wie groß mit dem Metermas gemessen die drei genannten historischen Persönlichkeiten waren, können wir Ihnen natürlich nicht angeben, aber alle drei waren hünenhafte Gestalten. 2. Wenn es sich um die Einschätzung zur Einkommenssteuer handelt, so brauchen Sie nur das Einkommen aus Ihrem Vermögen anzugeben und nicht die Höhe des Vermögens selbst. Ihres Gelds, das Sie in der Schublade oder im Strumpf verwahren, bringt keine Einnahmen und kein Einkommen, und deshalb spielt es bei der Angabe Ihres Einkommens keine Rolle. 3. Es kommt auf den genauen Wortlaut des Pachtvertrages und auch darauf an, ob Sie dem Pächter persönlich das an ihm verpachtete Land gezeigt und übergeben haben. Wenn letzteres der Fall ist, dann können Sie nichts zurückverlangen und auch keine Erhöhung der Pacht fordern, sondern nur die, die im Vertrag vermerkt ist. Wenn es aber im Vertrage bloß heißt, daß Sie dem Pächter eine bestimmte Anzahl Morgen verpachten, ohne ihm die verpachtete Parzelle zu zeigen, so könnten Sie nach unserer Auffassung entweder die Pacht erhöhen oder das Stück Land, das die fragliche Morgenanzahl übersteigt, zurückfordern.

"Rose". Sie, dem die Eigentümer des besagten Grundstücks können Sie, da er keine Verpflichtungen bezüglich der persönlichen Schulden übernommen hat, nur eine Auswertung von 18,74 Prozent = 115,74 Bln. zu fordern. Dazu kommen noch die Zinsen für die letzten 4 Jahre, wobei praktisch, da das laufende Jahr schon stark vorgeschritten ist, 5 Jahre herauszomachen. Bis 31. 12. 34 haben Sie an Zinsen 28,90 Bln. zu verlangen, insgesamt also an Kapital und Zinsen 144,64 Bln. Die früheren Zinsen sind verzählt. Bezüglich der persönlichen Schulden können Sie sich an den persönlichen Schuldner halten, der vermutlich derjenige ist, an den Sie verkauft haben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Handelsprovisorium zwischen Spanien und Polen.

Seit Wochen werden zwischen Polen und Spanien im Zusammenhang mit dem erloschenen Handelsvertrag zwischen beiden Ländern Verhandlungen gepflogen. Der Handelsvertrag ist bekanntlich provisorisch verlängert worden. Wie von amtlicher polnischer Seite mitgeteilt wird, nehmen die bisherigen Verhandlungen einen günstigen Verlauf, so daß noch im November mit dem Abschluß einer Handelskonvention zu rechnen ist. Für die Übergangszeit ist am 2. November ein Handelsprovisorium unterzeichnet worden, das bis zum 1. Dezember d. J. Gültigkeit hat. Auf Grund dieses Provisoriums erhält Polen die Möglichkeit, ein bestimmtes Gierkontingent nach Spanien einzuführen. Dafür darf Spanien in dieser Zeit ein bestimmtes Kontingent an Weintrauben, Kolophonium, Wein, Sardinen, Fellen und Öl einführen.

Dieses Provisorium, das für den Gierexport aus Polen von großer Bedeutung ist, gewinnt insofern an besonderem Wert, als augenscheinlich an der spanischen Grenze eine große Anzahl von Eisenbahnwagen mit Giertransporten aus Polen festliegen. Allein in Barcelona befinden sich legtlich in der dortigen Kühlhalle 100 Waggons Gier in Erwartung der Einfuhrerlaubnis nach Spanien.

*
Die englisch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen waren vor kurzem unterbrochen worden. Am Montag begab sich der Leiter der polnischen Handelsdelegation, Ministerialrat Sokołowski, nach England zurück. Während seines Aufenthaltes in Warschau erstattete Sokołowski Bericht über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen und zog im Handelsministerium neue Informationen für die zukünftigen Verhandlungen ein. Auf polnischer Seite bestont man, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit England durchaus befriedigend verlaufen und daß bereits über viele Punkte ein Einverständnis erzielt worden sei.

Wirtschaftliche Verständigung Polens mit den Baltenstaaten?

In polnischen Wirtschaftskreisen wird der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Baltischen Staaten, Litauen, Lettland, Estland, größere Beachtung geschenkt. Man hebt hervor, daß eine wirtschaftliche Verständigung der Baltischen Staaten mit Polen durchaus im Bereich der Möglichkeit liege und für alle Teile nützlich sein würde. Eine derartige Verständigung würde unzweckhaft mehr als bisher dazu beitragen, den Außenhandel der Baltischen Staaten zu beleben. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß das Konkurrenzmoment, besonders bei der Ausfuhr von Holz, Butter, Tierprodukten und manchen Industrieprodukten völlig ausgeschafft werden würde, weil eine Wirtschaftsverständigung auch einzelne Branchen abkommen nach sich ziehen würde. Auch der polnische Transfertarif könnte für die wirtschaftliche Entwicklung der Baltischen Staaten förderlich sein. Polen, das heute 70 Prozent seines Imports und Exports über Görlitz und Danzig leitet, könnte bei besserer Wirtschaftskonjunktur Libau und Riga und in Zukunft auch Memel als Hafthafen gebrauchen.

Polen sei den Baltischen Staaten schon insofern entgegengekommen, als es in den Handelsverträgen mit anderen Staaten die sogenannte baltische Klaue eingeführt habe, die den Baltischen Staaten beiderseitige Zollprivilegien sichert und damit den Absatz ihrer Waren auf dem polnischen Markt erleichtert.

Diese Äußerungen polnischer Wirtschaftskreise, die besonders von dem "Fluktorum Kurier Godziny" hervorgehoben werden, haben den wirtschaftspolitischen Zweck, die polnischen Interessen auf den Ostseemärkten zu fördern und nach Möglichkeit sicherzustellen.

Die polnisch-lettändischen Handelsvertragsverhandlungen wurden kürzlich bereits im gleichen Geiste geführt, in dem die oben angeführten Auslassungen gehalten sind.

Sicherung der polnischen Handelsbilanz.

Der polnische Außenhandel wird durch die autarkischen Bestrebungen der übrigen Länder in seiner Entwicklung sehr behindert. Den maßgeblichen Stellen in Polen geht es darum in der Hauptfache vorerst um die Sicherung der bisher errungenen Positionen auf den Auslandsmärkten. Die Handels- und Gewerbeämtern haben seinerzeit die Regierung in ihren auf die Sicherung des polnischen Außenhandels zielenden Bestrebungen unterstützt, indem sie mit einem sorgfältig ausgearbeiteten Exportplan hervortraten.

Gegenwärtig haben die polnischen Industrie- und Handelskammern, unter Führung der Warschauer Kammer, grundsätzliche Arbeiten zur Vereinfachung des Warenaustausches mit dem Auslande in Angriff genommen, die gleichzeitig ein System schaffen sollen, das die bisher errungenen Exportpositionen sicherstellt und darüber hinaus auch die polnische Handelsbilanz mit denjenigen Staaten regelt, die ihren Import aus Polen z. B. mit Hilfe von Devisenbestimmungen einschränken, während sie weiterhin ohne Beschränkungen nach Polen ausschließen. Im gleichen Zuge wird ein Programm ausgearbeitet, welches eine eingehende Untersuchung der Zahlungsbilanz Polens mit den einzelnen Ländern vorsieht, mit denen Polen Handelsbeziehungen unterhält.

Darüber hinaus werden in den Industrie- und Handelskammern Fragen der Erteilung von Exporthilfen an die einzelnen Produktionsweise erörtert.

Es scheint, als ob die polnischen Industrie- und Handelskammern mehr denn je Wert darauf legen, ihre Eignung als Exportinstitution unter Beweis zu stellen. Eine solche Institution wird bekanntlich als für den polnischen Außenhandel unabdingt notwendig empfunden. Seinerzeit wollte man den Handelskammern aber die Ausgaben eines Exportinstituts nicht übertragen. Angesichts dessen gewinnt die neue Aktion der Handelskammern an Bedeutung.

Zunahme des Einlagenverkehrs

bei den polnischen Privatbanken.

Nach der neuesten Sammelbilanz der polnischen Privatbanken, die vom Bankenkommissariat beim polnischen Finanzministerium allmonatlich zusammengestellt wird und 43 Aktienbanken und 8 größere Bankhäuser umfaßt, stellt sich die Lage der Banken folgendermaßen dar:

Passiva: Die Einlagen haben sich um weitere 4 Mill. Zloty auf 424,4 Mill. Zloty erhöht. Insbesondere stiegen die bestreiteten Einlagen. Die Kreditsalden im Kontoforrent nahmen um etwa 1 Mill. auf 172,8 Mill. Zloty zu. Der Wechselkreditkonto zeigt einen Rückgang um rund 8 Mill. auf 143,3 Mill. Zloty. Dagegen ist der Diskont von Akzeptbankwechseln auf 27,4 Mill. Zloty gestiegen.

Aktiva: Kasse und Bankguthaben betragen 31,9 Mill. Zloty, Auslandsvaluten 4,8 Mill. Zloty. Das Wechselpostenkonto erhöhte sich ungefähr um 4 Mill. Zloty auf 242,4 Mill. Zloty. Die Debetsalden im Kontoforrent zeigen einen Anstieg um rund 3 Mill. Zloty auf 425,3 Mill. Zloty und die bestreiteten Darlehen eine leichte Zunahme auf 67,7 Mill. Zloty. Die Forderungen aus dem Titel konvertierter Landwirtschaftskredite erhöhten sich um weitere 0,9 Mill. Zloty auf 23,9 Mill. Zloty. Die Position langfristige Hypothekenbriefe hielt sich mit 144,1 Mill. Zloty auf dem Niveau des Vormonats. Die Bilanzsumme wird mit 1785,51 Mill. Zloty ausgewiesen.

Der Stand der Wintersaaten in Polen.

Auf Grund der Angaben des Statistischen Hauptamtes stellte sich der Saatstand in Polen am 15. Oktober wie folgt dar: Weizen 3,5 (im Vorjahr 3,2), Roggen 3,6 (3,2), Gerste 3,4 (3,2), Raps 3,8 (3,4), Klee 3,2 (3,2).

Biehmarkt.

London, 5. November. Notierungen am engl. Baconmarkt für 1 cwt. in engl. Sh.: Polnische Bacons Nr. 1 sehr mager 81, Nr. 2 mager 80, Nr. 3 - 80, Nr. 1 schw. sehr mager 81, Nr. 2 magere 80. Sechster 80. Polnische Bacons in Hull 80 - 84, in Liverpool 88 - 88. Die Nachfrage war schwächer, die Preise zeigten keine Neigung zum Nachgeben.

Rohstoff-Bessimisten und Rohstoff-Optimisten.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Es ist Mode geworden in Deutschland, das Rohstoffproblem im Sinne eines Entweder — Oder anzusehen. Die einen wissen geheimnisvoll, es drohe eine große Rohstoffknappheit, nachdem Devisen für Rohstoffeinkäufe im Auslande nur noch nach Maßgabe der anfallenden Exportdevisen zur Verfügung gestellt werden, und sie fangen an, sich von allen möglichen Dingen Vorräte über den tatsächlichen Bedarf hinaus einzulegen. Diese schätzen werten Volksgenosse gehören zur Runde der Schwarzscher und Hamsterer.

Ihnen stehen die anderen gegenüber, die Welt und Wirtschaft in der Westentafel tragen. Rohstoffknappheit? — so sagen sie — pah, wir werden uns unsere Rohstoffe alle selbst machen. Wolle, Baumwolle, Öl, Erze und was immer es sonst noch sein könnte, macht ihnen kein Kopfschrecken. Sie haben zwar selbst meist nichts erfunden, aber sie haben — und das soll ihnen an sich nicht verdacht werden — unbegrenzte Hochachtung vor dem Können der deutschen Erfinder. Auf sie wälzen sie das Rohstoffproblem in beneidenswertem Optimismus ab. Und im Hintergrunde steht bei ihnen gleichzeitig der wirtschaftliche Wunschtrum vollkommener Autarkie. Nichts vom Auslande kaufen und möglichst auch unabhängig werden von den ausländischen Märkten, die nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts ein unberechenbarer Faktor unserer Wirtschaftsbilanz geworden sind.

Herr Dr. Schacht, der Präsident der Deutschen Reichsbank und kommunaristische Reichswirtschaftsminister, hat beiden Gruppen von wirtschaftlichen Kannegiebern, die sich das Problem der Rohstoffversorgung Deutschlands allzu sehr vereinfachen, in seiner Rede vor dem Verbande der Mitteldeutschen Industrie die richtige Antwort gegeben. Er hat auf die große Gefahr hingewiesen, die darin gegeben sein kann, daß unsere Industrien etwa exportfähig werden, weil sie unter der Auswirkung der augenblicklichen Konjunktur im Inlande rechtlich Abhängen. Und er hat auch denjenigen Politikern des Auslandes ins Gewissen gerichtet, die aus falsch verstandenen Interessen ihrer Länder Deutschland in zunehmendem Maße abgesperrt haben. Schacht lehnt den Gedanken der Autarkie als wirtschaftliche Zielsetzung ab und ruft dem Auslande zu: "Wir wünschen mit euch Handel zu treiben, wir wünschen mit euch materielle, geistige und kulturelle Beziehungen aufrecht zu erhalten." Aber er sagt ihm gleichzeitig, daß ein solcher Verkehr nur auf der Basis der Gegenseitigkeit möglich ist. Solange das Ausland sie nicht will, ist ihm "um uns auch nicht bangen".

Denn — und damit gibt Herr Dr. Schacht bis zu einem gewissen Grade denen recht, die an die Möglichkeit der Unabhängigkeit der deutschen Rohstoffversorgung vom Auslande glauben — wir sind in der Beschaffung von Erbstoffen für gewisse Auslandsrohstoffe schon recht weit gekommen. Nicht solcher Erbstoffe, wie sie aus der Kriegszeit noch in schmerzlicher Erinnerung sind, wo es einfach galt, unter dem Druck außergewöhnlicher Verhältnisse Beziehungs möglichkeiten zu schaffen. Die deutsche Wissenschaft und die deutsche Technik haben inzwischen die Frage der Erzeugung gewisser Materialien, die bisher aus ausländischen Produktionsgebieten bezogen wurden, durch andere, rein deutschen Ursprungs, die aber von vornherein unter den Gesichtswinkel gleicher Zwiefüllung gestellt wurden, in aller Ruhe studiert und sie zum Teil bereits gelöst. Eins der bemerkenswertesten Beispiele, die Schacht dafür aufzählt, ist der synthetische Kautschuk, dessen Herstellung noch seiner Mitteilung jetzt völlig gelungen ist. Kautschuk ist heute ein für unsere Technik unentbehrlicher Rohstoff, für dessen Einfuhr 50 Mill. M. im Jahre und mehr ausgegeben werden. Ebenso sind die Erfolge aus dem Gebiete der Herstellung einer leistungsfähigen und verwendungsfähigen Stapelstaaten soweit gediehen, daß auch auf dem Textilgebiet eine starke Entlastung des Einfuhrbedarfs zu erwarten ist. Mitteilungen, die zur gleichen Zeit, als Herr Schacht seine Rede in Weimar hielt, Professor Dr. Drawe

auf der "Kraftfahrtechnischen Tagung" in Berlin machte, eröffnen auch die Aussicht, daß Deutschland im Verbrauch flüssiger Treibstoffe — von fundamentaler Bedeutung für unsere Verkehrsmittel und für einen großen Teil unserer stationären Antriebsmotoren — in absehbarer Zeit von der ausländischen Versorgung unabhängig gemacht werden kann. Die geplante Erweiterung der Benzingerinnung in Leuna und der Bau neuer Anlagen durch die eben gegründete "Pflanzengemeinschaft Braunkohle" werden die Rohstoffproduktionen sowohl steigern, doch zusammen mit der bereits möglichen Benzole und der Benzingerinnung aus deutschem Erdöl und aus der Braunkohlen schwelung die deutsche Treibstofferzeugung auf 1,25 Mill. Tonnen erhöht werden kann. Der Gesamtverbrauch an flüssigen Treibstoffen betrug 1928 1,9 Mill. Tonnen. Wenn man zu der zu erwartenden Produktionskapazität die übliche Sitzbeimischung hinzurechnet, ergibt sich insgesamt 1,4 Mill. heimischer leichter Treibstoffe. Das ist schon beinahe der Gesamtbedarf, denn von den oben genannten 1,9 Mill. entfallen 0,4 Mill. Tonnen auf schwere Dieselöle, für die ebenfalls eine Produktionssteigerung im Auslande erreichbar ist. Bisher bezogen wir zwei Drittel unseres Bedarfs vom Auslande.

Das sind, rein technisch gesehen, überaus erfreuliche Aussichten. Aber Herr Dr. Schacht hat es auch nicht untersessen, darauf hinzuweisen, daß diese neuen Erbstoffe zumeist noch wesentlich teurer sind, als die der Natur abgewonnenen. Auch das braucht nicht immer so zu bleiben. Die künftige deutsche Stickstoffgewinnung hat durch diese wirtschaftlichen Schranken längst überwunden und surrert heute auf den Weltmärkten erfolgreich mit dem natürlichen Salpeter Chiles. Es ist aber auch unangebracht, den Stabilisator zu leihen, die aus den teuren Herstellungs kosten der heimischen Erbstoffproduktion und der verknüpften Einfuhr belastigen Rohstoffmangel folgern. Selbstverständlich schwelen wir nicht im Rohstoffüberfluß und müssen zu sorgfältigerer, überlegter Wirtschaft übergehen. Über von einem für den Konsumus der breiten Masse fühlbar werdenden Rohstoffmangel zu sprechen, ist unnötig. Die Hammerer von Wollstoffen, Seife und anderen Dingen können die Fünfmarkstücke, die sie dafür verwenden, lieber zur Sparkasse tragen.

Was sich in Deutschland vollzieht, ist kein Übergang zu autarker Rohstoffversorgung, freimüller oder erzwungen, sondern einer freier technischen und wirtschaftlichen Umstellungsvorgänge, die überliefernde Möglichkeiten durch neue, von schöpferischem Geiste gesetzte ergänzen. Und das bedeutet letzten Endes eine Reicherung.

Südfrüchte als gutes Geschäft.

In der letzten Nummer des polnischen Gesellschaftsblattes ist eine Verordnung veröffentlicht, die eine Reihe wichtiger Artikel wie Süßfrüchte, Beder, Parfümerien, Getreide usw. mit Einfuhrverbots belebt bzw. die bereits bestehenden Einfuhrverbote verlängert. Gleichzeitig ist aber erklärt, daß der polnische Finanzminister die Bedingungen festlegen kann, unter denen auch in Zukunft diese Artikel nach Polen eingeführt werden dürfen. In derselben Nummer des Gesellschaftsblattes wird gleichzeitig eine wesentliche Erleichterung für Süßfrüchte und Kolonialwaren aller Art bekanntgegeben. Der Zweck der Maßnahmen ist also augenscheinlich nicht etwa, die Einfuhr dieser Waren zu sperren — was für den Danziger Handel von sehr einschneidenden Auswirkungen wäre —, sondern lediglich die Menge der Einfuhr genau zu kontrollieren und nur die Firmen zum Export auszuladen, die gegen eine besondere Gebühr sich die Genehmigung des Finanzministers verschaffen. Die Einfuhr dieser Artikel in das Danziger-Kolonialische Sollgebiet wird sich also in Zukunft wohl einschließlich im Rahmen eines Kompenationsverkehrs auf der Grundlage besonderer Abmachungen mit anderen Staaten abspielen, wie es beispielweise das deutsch-polnische Abkommen darstellt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polski" für den 6. November auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardatz 6%.

Der Rivot am 5. November. Danzig: Ueberweisung 57,82 bis 57,94, bar 57,83 - 57,95. Berlin: Ueberweisung ar. Scheine — bis —. Prag: Ueberweisung 454,75. Wien: Ueberweisung 79,18. Paris: Ueberweisung —. Zürich: Ueberweisung 57,90. Mailand: Ueberweisung 220,00. London: Ueberweisung 26,43. Kopenhagen: Ueberweisung 85,40. Stockholm: Ueberweisung 74,25. Oslo: Ueberweisung —.

Warschauer Börse vom 5. Novbr. Umtat, Verkauf — Kauf. Belgien 123,90 - 124,21 - 123,59. Belgrad —. Berlin 212,90 - 213,90 - 211,90. Budapest —. Bukarest —. Danzig 172,82 - 173,25 - 172,39. Helsingfors —. Spanien —. Holland 358,35 - 359,25 - 357,45. Japan —. Konstantinopel —. Kopenhagen —. London 26,43 - 26,56 - 26,70. Newport 5,29% - 5,32% - 5,26%. Oslo 133,00 - 133,65 - 132,35. Paris 34,90% - 34,99 - 34,82. Prag 22,18 - 22,08. Riga —. Sofia —. Stockholm 136,50 - 137,15 - 135,85. Schweiz 172,44 - 172,87 - 172,01. Tallin —. Wien —. Italien 45,36 - 45,48 - 45,24.

Berlin, 5. November. Amtl. Devisentarife New York 2,488 - 2,492. London 12,415 - 12,435. Holland 168,15 - 168,49. Norwegen 62,32 bis 62,44. Schweden 63,96 - 64,08. Belgien 58,17 - 58,29. Italien 21,30 bis 21,34. Frankreich 16,38 - 16,42. Schweiz 80,92 - 81,08. Prag 10,375 bis 10,395. Wien 48,95 - 49,05. Danzig 81,12 - 81,28. Warschau 46,97 - 47,07.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, ar. Scheine 5,26. Bl. do. kleine 5,25 Bl. Kanada 5,28 Bl. 1 Bid. Sterling 26,30 Bl. 100 Schweizer Franken 171,93 Bl. 100 franz. Franken 34,80% Bl. 100 deutscher Reichsmark nur in Gold 212,34 Bl. 100 Danziger Gulden 172,31 Bl. 100 tschech. Kronen 20,92 Bl. 100 österreich. Schillinge 98,00 Bl. holländischer Gulden 357,30 Bl. Belgisch Belgas 123,54 Bl. ital. lire 45,21 Bl.

Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörsé vom 6. November. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Standards: Roggen 706 g/l. (120,1 f. h.), Weizen 737,5 g/l. (122,2 f. h.), Brauergeste 707 g/l. (120,1 f. h.), Einheitsgerste 685 g/l. (116,2 f. h.), Sammelgerste 661 g/l. (112 f. h.), Hafer 468,5 g/l. (78,1 f. h.).

Transaktionspreise:

Roggen — to — bläue Lupinen — to —
Weizen — to — Brauergeste — to —
Roggenmehl — to — Bittererien — to —
Weizenkleie, gr. — to — Speisefkartoffel — to —
Hafer — to — Sonnen-

Roggenmehl (65%) — to — blau Lupinen — to —
Weizenmehl (65%) — to — bläue Lupinen — to —
Roggenkleie — to — bläue Lupinen — to —
Weizenkleie, mittelg. — to — bläue Lupinen — to —
Weizenkleie (grob) — to — bläue Lupinen — to —
Gerstenkleie — to — bläue Lupinen — to —
Senf — to — bläue Lupinen — to —
Sommerwilde — to — bläue Lupinen — to —
Winterrap — to — bläue Lupinen — to —

Winterrüben — to — bläue Lupinen — to —
Vistoriaerben — to — bläue Lupinen — to —
Folgererben — to — bläue Lupinen — to —
Feld-erben — to — bläue Lupinen — to —
Roggenkleie — to — bläue Lupinen — to —
Weizenkleie — to — bläue Lupinen — to —

Roggenkleie, roh — to — bläue Lupinen — to —
Weizenkleie, roh — to — bläue Lupinen — to —
Roggenkleie, gr. — to — bläue Lupinen — to —
Weizenkleie, gr. — to — bläue Lupinen — to —
Roggenkleie, fein — to — bläue Lupinen — to —
Weizenkleie, fein — to — bläue Lupinen — to —
Rog